

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 06

MIGRATION

Viele medizinische
Fachkräfte kehren
Afrika den Rücken

STAATSSCHULDEN

Warum Gespräche über
Umschuldungen stocken
– und was helfen könnte

BRASILIEN

Indigene Gemeinschaft
bezieht Ex-Präsident
genozidalen Handelns



Abfallwirtschaft

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Den Wert von Müll erkennen

Magazin

- 4 **SAMIR ABI**
Abwanderung schwächt Afrikas Gesundheitssysteme, hat langfristig aber auch positive Folgen
- 6 **INTERVIEW MIT DÜZEN TEKKAL**
Menschenrechtlerin wirft einen kritischen Blick auf Migration und Einwanderung in Deutschland
- 8 **JOSÉ SIABA SERRATE**
Welche Unterstützung überschuldete Staaten brauchen und wer sich darum kümmern muss
- 12 **WOLFRAM MORGENROTH-KLEIN**
Neuer Pandemiefonds beugt Krisen wie Covid-19 vor
- 14 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Nach dem Ende der Bolsonaro-Regierung zeigen sich deren dramatische Folgen für das indigene Volk der Yanomami
- 16 **ROLI MAHAJAN**
Fachleute warnen zunehmend vor den Gefahren künstlicher Intelligenz
- 18 **JEFFREY MOYO / IMPRESSUM**
Heutzutage: In Simbabwe werden Vorwürfe laut, die Regierung indoktriniere gezielt Lehrkräfte

Debatte

- 19 **BIRGIT PICKEL**
Das BMZ reagiert auf Kritik an seiner Afrika-Strategie
- 20 **HANS DEMBOWSKI**
Sonderfall China gehört nicht zu einem „globalen Süden“

Schwerpunkt: Abfallwirtschaft

- 23 **PAMELA CRUZ**
Der informelle Abfallsektor spielt eine wichtige Rolle in Mexiko, und die organisierte Kriminalität mischt mit
- 25 **ALBA NAKUWA**
Nairobi macht Fortschritte bei der Abfallbekämpfung
- 26 **INTERVIEW MIT VIANE KOMBE, DAVID KIMARO UND STEPHAN KLINGEBIEL**
Müllpartnerschaft zwischen Moshi und Tübingen
- 28 **MICHAEL JEDELHAUSER**
Die industrialisierten Länder betreiben Müll-Kolonialismus
- 30 **SUPARNA BANERJEE**
Biologisch abbaubares Geschirr hat in Südasien Tradition
- 31 **BURKHARD HINZ**
Indonesien hat ambitionierte Pläne, um seine Abfallmengen zu bewältigen
- 32 **SABINE SCHWAB UND ELLEN GUNSILIUS**
Potenzial von Kreislaufwirtschaft erkennen und nutzen

SCHWERPUNKT

Abfallwirtschaft

Die Folgen der Müllverschmutzung für Klima und Biodiversität sind gravierend. Informelle Müllsammler*innen haben erkannt, dass Müll wertvoll ist. Regierungen ist das noch nicht klar genug. Sie sind gefordert. Wir brauchen weltweit verbindliche Regeln, damit die „3R“ („reduce“, „reuse“, „recycle“) sinnvoll umgesetzt werden. Die Politik muss auch Wege finden, den informellen Sektor zu formalisieren und in eine dringend benötigte Kreislaufwirtschaft einzubeziehen.

Titelseite: Müllsammlerin auf Nord-Sumatra.
Foto: picture-alliance/EPA/DEDI SINUHAJI





**Unser
Schwer-
punkt zum**

**Thema Abfallwirt-
schaft beginnt auf
Seite 22. Er hat
direkten Bezug zum
12. UN-Ziel für
nachhaltige
Entwicklung
(Sustainable
Development Goal
– SDG): Nachhaltige
Konsum- und
Produktionsmuster
sicherstellen.**

Branchen zu höherer Effizienz und neuen Umsatzchancen führen. Auch bei der Abfallvermeidung sind Regierungen und Unternehmen gefragt, vernünftige Konzepte zu entwickeln, die Menschen helfen, ihr Verhalten nachhaltig zu ändern. Pfandsysteme, Apps zur Rettung von Lebensmitteln oder Leasing-Modelle sind Schritte in die richtige Richtung.

Das 12. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal) lautet „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“. Es mangelt hierfür an ausreichenden Regeln auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene. Bestehende Regulierungen greifen zu kurz und haben zu viele Schlupflöcher. Gleichzeitig fehlen Konzepte zur gesellschaftlichen Inklusion der Menschen, die vom Abfallsammeln leben. Sie brauchen Chancen in einer formalisierten Abfallwirtschaft. Es wäre sicherlich auch klug, ihr Wissen hinsichtlich Ressourcenverwertung systematisch bei ebenjener Formalisierung des Sektors zu nutzen.

Den Wert von Müll erkennen

Beißender Rauch wabert über Berge von Schrott, Plastikteile, verrottende Lebensmittel, Flaschen und kaputte Elektronik. Vögel mit dreieckigem Gefieder und Menschen in bunten Kleidungsschichten staken dazwischen umher.

Das Bild ist von vielen Orten bekannt, etwa aus Jakarta, Kalkutta, Nairobi, Accra oder Mexico City. Dass man nicht an Berlin, London oder Paris denkt, liegt nicht daran, dass reiche Industrienationen perfektes Abfallmanagement betrieben. Tatsächlich tragen ihre Müllexporte zum Anwachsen der Berge in Ländern mit geringeren Einkommen bei. Nicht nur der EU wird deshalb „Waste colonialism“ vorgeworfen. So landet Müll aus den reichen Ländern auf ohnehin bereits überquellenden Halden. Staaten mit schwacher Infrastruktur schaffen es kaum, die Abfälle ihrer eigenen Bevölkerung zu entsorgen oder gar zu verwerten. Kommunen, oft überfordert von ihrer großen und schnell wachsenden Bevölkerung, werden dann mit der Aufgabe alleingelassen.

Die riesigen Halden sind derweil die Lebensgrundlage einer beträchtlichen

Zahl an Menschen. Wie viele informelle Müllsammler*innen es weltweit genau gibt, ist nicht klar. Schätzungen gehen von mindestens 15 Millionen aus.

Sie arbeiten meist informell – ohne Rechte oder soziale Sicherung. Oft kontrollieren kriminelle Organisationen diesen Sektor, die hilflose Menschen hemmungslos ausbeuten. Gesundheitliche Risiken und Diskriminierung tragen zur Ausgrenzung der Familien bei, die von Müllverwertung abhängen.

Dabei haben die informellen Sammler*innen erkannt, was einigen Regierungen und Entscheidungsträgern noch nicht klar genug scheint: Müll ist wertvoll. Von dieser Einsicht hängt die Umstellung auf eine funktionsfähige Kreislaufwirtschaft ab. Die Grundidee ist, dass jeglicher Müll wiederverwendet oder recycelt werden soll – und andernfalls vermieden werden muss. Auf Englisch sprechen Fachleute von den „3R“ für „reduce“, „reuse“ und „recycle“.

Kreislaufwirtschaft würde zur Lösung der Klima- und Biodiversitätskrise beitragen – und gleichzeitig in verschiedenen



**KATHARINA WILHELM
OTIENO**
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

euз.editor@dandc.eu

Suparna Banerjee lebt in Frankfurt und ist im Großraum Kalkutta aufgewachsen. Ihre Doktorarbeit über maoistische Milizen in Indien hat sie am Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung verfasst. In dieser Ausgabe beschäftigt sie sich mit biologisch abbaubarem Geschirr aus Sal-Blättern (S. 30). In der Mai-Ausgabe berichtete sie über ihre



Hochschul Erfahrungen in Deutschland und Indien. Zudem kommentierte sie die Beziehung westlicher Staaten zu ihrem Heimatland.

► **Alle Schwerpunkttex-te erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie weitere Beiträge zum Thema finden werden.**



Südafrikanisches Gesundheitspersonal demonstriert im März in Johannesburg für mehr Gehalt.

BRAINDRAIN IN AFRIKA

Fluch und Segen der Ärzteabwanderung

Die Arbeitsbedingungen im afrikanischen Gesundheitssystem sind vielfach katastrophal. Fachkräfte verlassen den Kontinent in Richtung Europa und Nordamerika. Darunter leidet die Krankenversorgung in Afrika weiter. Andererseits zeigen jüngste Entwicklungen, dass sie von Migration langfristig profitieren kann, wenn Fachleute beispielsweise zurückkehren oder in moderne Einrichtungen investieren.

Von Samir Abi

Hilflos zuschauen, wie Menschen in afrikanischen Krankenhäusern sterben, oder Leben in der Ferne retten? Vor dieser Entscheidung stehen Ärzt*innen südlich der Sahara. Fachkräfte aus englischsprachigen Ländern ziehen nach London, Sydney oder New York. Wer aus einem frankophonen Land kommt, entscheidet sich für Paris oder Montreal. Die Folgen sind dieselben: In den Herkunftsländern verschärft sich der Mangel an medizinischem Fachpersonal.

Um den Verfall der Gesundheitswesen und ihre schlechten Arbeitsbedingungen anzuprangern, streiken Ärzt*innen öffentlicher afrikanischer Krankenhäuser immer wieder – etwa in Nigeria. Andererseits gibt es auch Arbeitslosigkeit nach dem abgeschlossenen Medizinstudium. So wurden im vergangenen Dezember 40 der 3000 arbeitslosen Ärzt*innen aus der Elfenbeinküste, die ihre Einstellung in den öffentlichen Dienst forderten, verhaftet. Ein Gericht verurteilte sie zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung.

Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung zeugen von deprimierend geringer Wertschätzung. Tatsächlich können Ärzt*innen leicht in Nordamerika 25-mal so viel Geld verdienen wie in Westafrika (siehe Box). Folglich verlassen viele ihre Heimat. Länder mit hohem Einkommen profitieren dann von ihnen.

In Frankreich kommen laut offiziellen Statistiken etwa zehn Prozent aller Ärzt*innen aus dem Ausland. In Irland und Kanada sind es rund 35 Prozent. In

britischen Krankenhäusern stammten 2022 mehr als 66 000 von 750 000 Gesundheitsfachkräfte aus dem Ausland. Vor zehn Jahren schätzte ein äthiopischer Regierungsvertreter, in Chicago arbeiteten mehr Landsleute als Ärzt*innen als in Äthiopien.

Reiche Nationen haben große Personallücken im Gesundheitswesen. Sie füllen sie mit Zuwanderung. In Afrika sind immer mehr internationale Agenturen zur Anwerbung von Gesundheitspersonal tätig.

Grundsätzlich ist die Migration afrikanischer Gesundheitsfachkräfte nach Europa oder Nordamerika nichts Neues. Die ersten Wellen, in denen sich afrikanische Ärzt*innen in Europa niederließen, gab es in den 1960er- und 1970er-Jahren. Damals kehrten viele, die Auslandsstipendien für ein medizinisches Studium erhalten hatten, nach Abschluss nicht in ihre – oft autoritär regierten – Länder zurück.

Mittlerweile wurde in Afrika die universitäre Gesundheitsausbildung ausgebaut. Nun gibt es Migrationswellen von medizinischem Personal mit afrikanischen Abschlüssen. Das gilt besonders für Ärzt*innen, die sich auf ein bestimmtes Fachgebiet spezialisieren wollen. In Europa oder Nordamerika sehen sie die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und internationale Anerkennung zu erlangen.

Brillante afrikanische Ärzt*innen, die im Ausland leben, werden für ihre Beiträge und Innovationen geehrt. Es ist fraglich, ob sie Vergleichbares auf dem Heimatkontinent erreicht hätten.

Der jüngste Exodus von afrikanischem Gesundheitspersonal begann in den 2000er-Jahren. Inzwischen wandern auch Krankenpfleger*innen aus, ebenfalls motiviert durch attraktive Gehälter und Entwicklungsmöglichkeiten.

ZURÜCKKEHREN, UM LEBEN ZU RETTEN

Die Integration dieser in Afrika ausgebildeten Pflegekräfte in die Gesundheitssysteme der reichen Staaten durchläuft dabei verschiedene Phasen, die nicht selten zu einer beruflichen Herabsetzung führen. Trotz abgeschlossenem Medizinstudium gehören manche dann zum Pflegepersonal. Andere machen einen weiteren Abschluss, um eine angemessene Anstellung zu finden. Dabei verdienen sie im Vergleich zu ihren einheimischen Kolleg*innen oft weniger.

Trotz solcher Nachteile wandern viele Fachkräfte aus Afrika ab. Sie hoffen, dass sich ihr beruflicher Status im Laufe der Jahre verbessert. Manche wollen auch genügend finanzielles Kapital und Wissen sammeln, um dann in ihrem Heimatland private Kliniken zu gründen.

Lange Zeit waren Menschen, die sich für eine Beschäftigung im Ausland entschieden hatten, in ihren afrikanischen Herkunftsländern schlecht angesehen. Es hieß, sie seien unpatriotisch und stellten ihr eigenes Wohlergehen in den Vordergrund, anstatt mit ihrem Wissen und Können zur Entwicklung ihrer Länder beizutragen. Auch im Ausland tätige Pflegekräfte bleiben davon nicht verschont. Tatsächlich verursachen sie riesigen Lücke im jeweiligen Gesundheitssystem.

Andererseits zeigen nun jüngste Entwicklungen, dass Arbeitsmigration afrikanischer

Fachkräfte große Beiträge zur Modernisierung des Gesundheitswesens daheim leistet. Diese Leute überweisen regelmäßig Geld für Investitionen in den Bau von privaten Krankenhäusern und Kliniken in Afrika. Obendrein kehrt medizinisches Personal auch aus dem Ausland zurück, um selbst in solchen Einrichtungen zu arbeiten.

So entstehen Institutionen der Spitzenklasse, welche den Medizintourismus wohlhabender Eliten in reiche Länder begrenzen. Teilweise unterstützt die afrikanische Diaspora auch den Bau von medizinischen Stationen im ländlichen Raum oder richtet Ausbildungszentren ein, um das erworbene Wissen weiterzugeben.

Aus der Diaspora heraus werden auch karitative Missionen durchgeführt. Fachkräfte verschiedener Richtungen versorgen dabei Patient*innen, die sonst keinen Zugang zu medizinischen Leistungen hätten.

Zudem gibt es Initiativen zur Einrichtung von Krankenversicherungssystemen auf Gemeindeebene, die mithilfe von Geldern aus der Diaspora finanziert werden. Somit führt die Migration und Etablierung von afrikanischem Gesundheitspersonal in reichen Ländern zu neuen Modellen internationaler Kooperation und verstärktem Wissenstransfer. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung auf dem Kontinent auch dadurch langfristig verbessert. Bislang profitieren allerdings vor allem wohlhabende Schichten in Städten von guten privaten Krankenhäusern.



SAMIR ABI
ist Wirtschaftswissenschaftler
und Leiter der nichtstaatlichen
Organisation **Visions**
Solitaires in Togo.

samirvstg@gmail.com

Frauen gebären auf dem Boden

Die Situation in Nigeria ist ein Beispiel für die katastrophalen Bedingungen in afrikanischen Gesundheitssystemen, die zur Abwanderung von dringend benötigten medizinischen Fachkräften führt. Mit rund 216 Millionen Menschen ist Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Von den 81 000 Ärzt*innen, die im letzten Jahrzehnt in diesem Land ausgebildet wurden, praktiziert laut nationalem Ärzteverband nur gut die Hälfte dort. Im Schnitt sind sie für 5000 Menschen zuständig. Die meisten arbeiten in den großen Ballungsräumen Lagos, Kano und Ibadan.

In ländlichen Regionen wie dem Bundesstaat Zamfara im Nordwesten herrscht großer Mangel an Fachkräften. 2019 hatte dieser Bundesstaat mit einer Bevölkerung von rund drei Millionen gerade mal 46 Mediziner*innen. Pro 100 000 Menschen sind das zwei. Ni-

geria bräuchte derzeit mindestens zusätzliche 300 000 Fachkräfte, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung im Gesundheitsbereich zu erreichen.

Dabei mangelt es nicht an Medizinstudierenden an mehr als 200 Universitäten im Land.



In abgelegenen Regionen wie Borno in Nordnigeria gibt es oft nur provisorische medizinische Einrichtungen von NGOs.

Nigeria schafft es jedoch nicht, den Absolvent*innen akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten. Rund die Hälfte wandert aus. In vielen anderen afrikanischen Ländern sieht es ähnlich aus (siehe Haupttext).

Nach siebenjähriger teurer Ausbildung verdienen Ärzt*innen in Nigeria in staatlichen Krankenhäusern rund 7200 Dollar pro Jahr. In Südafrika winken dagegen

50 000 Dollar und in den USA sogar 200 000 Dollar.

Hinzu kommt, dass es in Nigeria an Ausrüstung, Medikamenten und oft sogar sauberem Trinkwasser mangelt. Obendrein fällt in Krankenhäusern häufig der Strom aus. Auf 10 000 Einwohner*innen kommen im Schnitt fünf Krankenhausbetten. Frauen gebären auf Krankenhausböden und Kranke sind in schlecht belüfteten Räumen zusammengepfercht. Nigerias Ölreichtum und die Größe seiner Volkswirtschaft ändern daran nichts.

Wie auch anderswo in Afrika kollidiert der Wunsch des medizinischen Personals, zum Wohlergehen der heimischen Bevölkerung beizutragen, mit der Untätigkeit der Regierungsbehörden. Das führt immer wieder zu Streiks, wie etwa von August bis Oktober 2021. In dieser Zeit legte die Nigerian Association of Resident Doctors (NARD) das Gesundheitssystem lahm. Sie forderte mehr öffentliche Investitionen. SA



Die Initiative GermanDream organisiert Diskussionen über gesellschaftliche Werte.

EINWANDERUNG

„Wir brauchen keine Retter, sondern Dialog auf Augenhöhe“

Düzen Tekkal wuchs in Deutschland als Kind einer kurdisch-jesidischen Einwandererfamilie auf. Sie arbeitete als Fernsehjournalistin und war Kriegsberichterstatlerin im Irak, bevor sie diverse politische Projekte gründete: die Menschenrechtsorganisation Háwar, die Bildungsinitiative GermanDream und die Beratungsfirma Mut:Republik. Mit E+Z/D+C sprach sie darüber, was sich in Deutschland in puncto Einwanderung schon getan hat – und noch tun muss.

Düzen Tekkal im Interview mit Jörg Döbereiner

Deutschland ist seit Langem ein Einwanderungsland, hat sich aber lange schwergetan damit, sich als solches zu begreifen. Woran liegt das?

Wir hatten nie eine Kultur der Einwanderung. Meine Eltern kamen in den 1970er-Jahren aus der Türkei als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland. Sie wurden entsprechend auch als „Gäste“ behandelt, nicht als Bürger*innen. Das hat bei Migrant*innen großen Schmerz verursacht, und viel Potenzial blieb liegen. Es ist auch kein Zufall, dass meine Generation, die in

Deutschland zur Welt gekommen ist, sich die Vorbilder in der antirassistischen Bürgerrechtsbewegung der USA gesucht hat, weil wir hier keine hatten.

Sie sind den 1980er-Jahren in Hannover als eines von elf Geschwistern in einer kurdisch-jesidischen Familie aufgewachsen, die aus der Türkei kam. Ihr Vater arbeitete als Fliesenleger. Wie blicken Sie im Hinblick auf die Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf diese Zeit zurück?

Ich kann mich erinnern, dass mir und meiner Familie beim Aufwachsen das Gefühl vermittelt wurde: „Ihr könnt dankbar sein, dass wir euch gerettet haben.“ Bis zu einem Austausch auf Augenhöhe hat es sehr lange gedauert. Wir arbeiten heute noch daran. Meine jetzige Arbeit hat auch mit dem Schmerz von damals zu tun. Es ist eine sehr persönliche Angelegenheit, wenn du das Gefühl hast, immer darum kämpfen zu müssen, dazuzugehören.

Haben Sie ein konkretes Beispiel dafür?

Es fing schon damit an, dass meine Geschwister und ich lange nicht die deutsche Staatsbürgerschaft bekamen, obwohl wir

hier geboren wurden. Mein Vater musste darum kämpfen. Ich wurde erst mit neun Jahren eingebürgert. Man muss sich bewusst machen, was das auch emotional bedeutet, wenn man Menschen, die ihre Wurzeln in anderen Ländern haben, das Gefühl gibt, dass sie nicht dazugehören oder nicht willkommen sind. Was allerdings geklappt hat, das war die Solidargemeinschaft. Sie war damals viel weiter als die Bundesregierung.

Bitte führen Sie das aus.

Es sprach zu Beginn viel gegen meine positive Entwicklung. Meine Mutter war Analphabetin und konnte kein Deutsch. Ich hatte keine Bücher zu Hause, es wurde nur Kurdisch gesprochen. Aber in unserem Stadtteil, Hannover Linden, hat man sich gegenseitig um sich gekümmert. Meine Geschwister und ich wurden früh in den Kindergarten gesteckt, das war unsere Rettung. Wir wurden frühkindlich gefördert, und deutsche Erzieherinnen nahmen sich unserer an. Wir hatten eine Gemeinschaft von Nachbarn, die mit uns Bücher lasen und uns mitnahmen zu Freizeitaktivitäten, für die meinen Eltern das Geld fehlte. Es gab eine kostenlos zugängliche Bücherei. Wir kamen in dieselbe Schule wie Kinder von Intendanten und Politikerinnen. Es gab keine Segregation, keine Ghettoisierung. Dieses Deutschland, das es damals in Hannover gab, hat mich zu der gemacht, die ich heute bin.

Sie haben 2019 die Bildungsinitiative GermanDream gegründet. Was steckt dahinter?

Wir sind ein Netzwerk von mittlerweile mehr als 500 ehrenamtlichen

Wertebotschafter*innen bundesweit. Dazu gehören Prominente wie Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, aber auch Ehrenamtler*innen, Rentner*innen oder Auszubildende. Schulen können sich bei uns melden mit verschiedenen Themen, zu denen Diskussionsbedarf besteht, etwa dem Russland-Ukraine-Konflikt, Antisemitismus, Rassismus, Gesundheitsversorgung oder Identität. Wir vermitteln dann eine Person, die mit den Schüler*innen diskutiert. Das Besondere ist, dass unsere Wertebotschafter*innen Zuwanderungsgeschichte haben, aber nicht ausschließlich. Alle können es werden. Ich bin stolz darauf, dass wir inzwischen jeden Tag an einer deutschen Schule einen Wertedialog haben.

Um welche Werte geht es Ihnen?

Zum Grundkonsens unserer Wertevermittlung gehört, dass wir mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Dazu zählen Werte wie Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Presse- und Religionsfreiheit, aber auch Familie. Es geht darum, die Schüler*innen einzubinden, ihre Denkräume zu erweitern und auch Ängste und Herausforderungen anzusprechen. Wir reden beispielsweise darüber, was persönliche Freiheit im Kontext der Gesellschaft bedeutet und inwiefern sie beschränkt ist. Auch die von mir gegründete wertebasierte Organisationsberatung Mut:Republik verbindet Werte mit sozialer Teilhabe. Unsere Arbeit dort ist getragen von der Überzeugung, dass auch Einzelne etwas bewegen können, wenn sie sich engagieren und mutig für ihre Grundsätze eintreten.



Düzen Tekkal Ende der 1970er-Jahre auf dem Arm ihres Vaters Seyhmus Tekkal, links ihre Schwester Muhterem.

Wo steht Ihrer Ansicht nach der Diskurs über Einwanderung in Deutschland?

Er ist teilweise in den 1980er-Jahren steckengeblieben und spiegelt oft Vorurteile, die in vielen Menschen schlummern. Wenn jemand Ahmed heißt und Mist baut, gehört er am Ende doch nicht wirklich dazu. Es geht aber darum, auch dann ein Teil der Gesellschaft zu sein, wenn man keine Höchstleistungen erbringt. Ein Freund von mir hat einmal treffend gesagt: „Ich möchte auch Fehler machen dürfen und trotzdem dazugehören.“ Deutschland kann es sich schon allein vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels nicht erlauben, Leute zu vergraulen.

Um ausländischen Fachkräften den Zuzug zu erleichtern, plant die Bundesregierung ein neues Fachkräftegesetz, mit einem Punktesystem ähnlich wie in Kanada, das etwa berufliche Qualifikation und Sprachkenntnisse bewertet. Außerdem könnte die Einbürgerung bald bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein, statt wie bisher nach acht Jahren. Geht das in die richtige Richtung?

Die Akzeptanz in der Gesellschaft ist schon viel weiter, als uns oft weisgemacht wird. Rechtlich fehlt sie aber noch. Es wird deshalb höchste Zeit, dass mehr für Gleichstellung getan wird. Fachkräfte von außen brauchen wir zwar, dürfen aber gleichzeitig nicht blind sein für das Potenzial im eigenen Land. Wie kann es sein, dass Deutschland in Indien nach Fachkräften sucht, aber die Menschen hierzulande durch Bürokratie daran hindert, in bessere Jobs zu kommen? Nehmen Sie den Fall einer Frau aus Syrien. Sie war dort 30 Jahre lang Lehrerin, bevor sie vor dem Krieg nach Deutschland flüchtete. Hier darf sie aber keine Ausbildung als Kinderpflegerin machen, weil sie nur ein Zeugnis aus der zwölften Klasse vorlegen kann, und nicht aus der neunten oder zehnten wie es die Behörden fordern. Das kann nicht sein.

Menschen mit Migrationshintergrund werden in Deutschland immer noch diskriminiert, etwa wenn es um Teilhabe an Wohnen, Arbeit und Bildung geht. Wo sehen Sie hier derzeit gesamtgesellschaftlich die größten Defizite?

Ich sehe vor allem strukturelle Defizite, da sind andere Länder schon weiter. Bei rassistischer Gewalt sehen wir in Deutschland immer noch viel zu oft weg, tun sie als Ein-

zeltaten ab oder schieben die Schuld in die Richtung der Opfer. Das ist falsch. Wir alle sind dafür verantwortlich.

Wie werden wir dieser Verantwortung gerecht?

Indem wir hinsehen und über Rassismus in Deutschland reden, auch wenn es weh tut. Diese Debatten sind zu wichtig, als dass wir sie nur in Twitter-Echokammern besprechen dürfen. Wir müssen die Dynamiken der Spaltung überwinden. In vielen Bereichen haben es Menschen, die einen bestimmten Hintergrund haben oder aus einer bestimmten Schicht kommen, immer noch sehr schwer. Dabei macht es auch Institutionen und Unternehmen innovativer und wettbewerbsfähiger, wenn sie losgelöst von Vorurteilen einstellen und die Menschen einbinden.

In Ihrem Buch #GermanDream warnen Sie vor der kollektiven Zuschreibung von Opferrollen an Migrant*innen. Was meinen Sie damit?

Wir sind nicht die besseren und nicht die schlechteren Menschen, wir sind genauso wie alle anderen. Die eigene Kraftanstrengung kann einem niemand abnehmen. Es ist wichtig, klarzumachen: Wir sind keine Opfer, sondern „agents of change“. Wir brauchen keine Retter, sondern Dialog auf Augenhöhe. Zu einer diversifizierten Gesellschaft gehört beispielsweise auch, dass wir über Rassismus innerhalb von Migrant*en-Communities sprechen. Die Trennlinien verlaufen nicht entlang von Nationalität und Religion, sondern entlang der Werte. Unterm Strich geht es darum, Einwanderung nicht als Defizit zu betrachten, sondern als Reichtum, als Schatz. Da haben wir eine Menge zu tun in den kommenden Jahrzehnten. Ich sehe hier viele Herausforderungen, aber auch sehr viel Potenzial.

LITERATUR

Tekkal, D., 2020: #GermanDream – Wie wir ein besseres Deutschland schaffen. Piper Verlag, Berlin/München.



DÜZEN TEKKAL

ist Journalistin, Autorin und Gründerin der Menschenrechtsorganisation Háwar, der Bildungsinitiative German-

Dream und der Beratungsfirma Mut:Republik.

Twitter: @germandream_de



Wichtiges Forum: US-Finanzministerin Janet Yellen bei einem G20-Treffen in Indien im Februar.

STAATSSCHULDEN

Volkswirtschaften in der Schweben

In Zeiten multipler Krisen dürfen wir keine Zeit verlieren. Trotz gelegentlicher Durchbrüche – wie im Mai im Fall Ghanas – kommt die Lösung von Staatsschuldenkrisen bedenklich langsam voran. Ein neuer Globaler Runder Tisch kann weiterhelfen und Grundlagen für wirkungsvolle Verhandlungen für einzelne Länder schaffen.

Von José Siaba Serrate

Bislang hat der gemeinsame Rahmen der G20 für Schuldenbehandlung (G20 Common Framework for Debt Treatment – CF) kaum überzeugende Ergebnisse gebracht. Das ist gefährlich, denn viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen stecken in Schuldenkrisen fest und können sich großen Herausforderungen, wie verschärfter Armut oder Klimaanpassung nicht stellen.

Der CF muss verbessert werden, wie ich in der Januarausgabe von E+Z erläutert habe. Zentral ist, dass Umschuldungen:

- schneller erfolgen,
- großzügiger ausfallen und
- nicht nur für Länder mit niedrigen Einkommen gelten, sondern auch für in

Schwierigkeiten geratene Länder mit mittleren Einkommen.

Der CF muss also flexibler und kreativer genutzt werden. Die Umschuldungsvereinbarung für Ghana ist ein wichtiger Schritt voran, wie ich unten ausführen werde. Es muss aber zügig noch mehr geschehen.

Länder mit geringen Kapazitäten ringen jahrelang mit ungelösten Finanzproblemen, während reiche Länder solche Dinge schnell und unorthodox lösen (siehe Box 1). Im März verhinderten die USA und die Schweiz schwere Banken Krisen, wobei sie mehr Geld einsetzten, als nötig wäre, um Sambia zum Beispiel die Schulden zu erlassen.

Sambia kann seit 2020 seine Schulden nicht mehr bedienen. Die 31 Milliarden Dollar Schulden sind wenig im Vergleich zu den Vermögenswerten der gescheiterten US-Banken. Zusammen hatten Silicon Valley Bank, Signature Bank und First Republic etwa 500 Milliarden Dollar in ihren Büchern. Es kostete US-Behörden rund 32 Milliarden Dollar, die Krise in den Griff zu bekommen. Die staatlichen Institutionen taten gut daran, das Feuer schnell zu löschen. In diesem Sinne haben auch die Schweizer Behörden

den Kollaps von Credit Suisse (mit Vermögenswerten von über 600 Milliarden Dollar) gut gemeistert.

Regierungen mit Haushaltsspielräumen können relativ leicht nationalstaatliche Politik konsequent gestalten. Multilateralen Konsens zu erreichen und umzusetzen ist schwieriger.

Dass China inzwischen das wichtigste bilaterale Gläubigerland ist, macht es noch schwerer. China widerspricht oft der Haltung des Pariser Clubs – des informellen Verbundes der westlichen Gläubigerländer.

Offensichtlich halten internationale Entscheider Staatsschuldenkrisen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen für weniger gefährlich als das Scheitern der oben genannten Banken. Spitzenpolitiker erkennen kein weltweites systemisches Risiko.

GEFÄHRDETE ZUKUNFT DER MENSCHHEIT

Sie übersehen einen wichtigen Punkt: Die Staatspleiten stören die Weltwirtschaft nicht unmittelbar, aber sie bedrohen dennoch die gemeinsame Zukunft der Menschheit. Je länger sie andauern, desto länger gehen die jeweiligen Regierungen drängende Probleme nicht an.

Dabei geht es sowohl um nationale wie internationale Probleme. Überschuldete Staaten reagieren weder auf wachsende Armut und Ungleichheit noch auf die Klima- und Biodiversitätskrise. Eskalierende Krisensymptome unterhöheln derweil die politische Stabilität – mit potenziell gravierenden Konsequenzen für die internationale Sicherheit.

Je länger hochverschuldete Volkswirtschaften in der Schweben bleiben, desto größer werden ihre Probleme. Notwendige Maßnahmen wären heute billiger als in Zukunft.

Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) befanden sich Ende Februar Kongo, Grenada, Malawi, Mosambik, Sao Tomé und Príncipe, Somalia, Sudan, Simbabwe und Sambia in Schuldennot. Weitere 27 Länder hatten ein hohes, 26 Länder ein mittleres und sieben Länder ein geringes Insolvenzrisiko.

IWF-Chefin Kristalina Georgieva rief zu schnellem Handeln auf. Dennoch wird weiter gezögert. David Malpass, der scheidende Weltbankpräsident, klagte, Verhandlungen für Sambia, Ghana und Äthiopien

stünden still oder kämen zu langsam voran. Von 2020 bis Ende April 2023 kam im CF nur eine einzige Umschuldung – für Tschad – zustande.

Für manche Länder reichen Liquiditätshilfen. Wenn die Schulden aber zu groß sind, muss ein Teil erlassen oder mit anderen Worten „umstrukturiert“ werden.

Wenn Gläubiger sich nur auf Liquiditätshilfen konzentrieren oder gar damit begnügen, drohen eskalierende Krisen, bei denen verschuldete Staaten bestehende Kredite mit frischem Rettungsgeld bedienen, das aber auch zurückgezahlt werden

muss. Die Schuldenlast steigt dann ständig weiter.

UNZUREICHEND, ABER BRAUCHBAR

Der CF ist unzureichend, dient aber als nützliche Basis. Er ist der einzige multilaterale Mechanismus zur Bewältigung großer Schuldenprobleme. Um Schulden tragfähigkeit wiederherzustellen, bietet er – zumindest theoretisch – Instrumente wie Liquiditätshilfen, Aussetzung des Schuldendienstes, Umschuldung und einen kompletten Schuldenerlass.

Der CF ist nur für die G20-Mitglieder und multilaterale Finanzinstitutionen verbindlich. Dennoch hat er das Potenzial, alle Gläubiger an einen Tisch zu bringen – und zwar öffentliche wie private Institutionen, etablierte Wirtschaftsmächte sowie große Schwellenländer. In enger Kooperation sollten diese verschiedenen Parteien Kreditfazilitäten und Schuldenerleichterungen für gebeutelte Länder bereitstellen. Dafür sollten zuvor festgelegte Grundsätze (zu Dingen wie Solidarität, Konsens, Informationsaustausch, Einzelfallentscheidung, Konditionalität und Gleichbehandlung) gelten.

Globale Bankenkrise verhindert

Durch schnelles und entschiedenes Handeln haben Behörden in den USA und der Schweiz verhindert, dass insolvente Banken das Weltfinanzsystem in Mitleidenschaft zogen. In beiden Fällen wurde unkonventionell gehandelt.

In den USA scheiterten zwei regionale Banken in Kalifornien (Silicon Valley Bank und First Republic) und eine in New York (Signature Bank). Gemessen am Wert ihrer Einlagen waren sie landesweit die Nummern 14, 15 und 16. Weil viele Einleger das Vertrauen in sie verloren und ihre Guthaben abzogen, wurden sie zahlungsunfähig. Innerhalb weniger Tage wurden Silicon Valley Bank und Signature Bank geschlossen und der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) unterstellt. Anfang Mai galt das dann auch für First Republic.

Normalerweise garantiert die FDIC Guthaben im Wert von bis zu 250 000 Dollar pro Einleger. Diesmal beschloss die Bundesregierung jedoch, weit darüber hinauszugehen und alle Guthaben abzudecken. So wurden selbst superreiche Kunden der gescheiterten Ban-

ken geschützt. Es ging darum, alle Bankkunden im ganzen Land zu beruhigen, um weitere Anstürme auf Finanzinstitute zu verhindern.

So wurde mit entschlossenem und schnellem Handeln eine Finanzkrise verhindert. Die Zentralbank (Federal Reserve) sprang sofort als Kreditgeber der letzten Instanz ein. Sie gab jeder Bank, die Sicherheiten bot, unbegrenzt frisches Geld. Zwar verloren die Aktionär*innen der kollabierten Banken ihre Vermögenswerte, alle Konten waren aber vollständig geschützt. Die gefürchtete Finanzkrise wurde verhindert.



Schweizer Behörden drängten die UBS, die Credit Suisse zu übernehmen – Banklogos in Zürich.

Die Schweizer Credit Suisse – ein weltweit systemrelevantes Finanzinstitut – stand im März ebenfalls am Abgrund. Die Behörden organisierten eine Ad-hoc-Fusion mit dem Hauptkonkurrenten UBS. Eigentlich sollen bei der Abwicklung einer Bank die Aktionär*innen zahlen, aber die Schweiz ließ stattdessen Anleihen von Credit Suisse wertlos werden. Sie beruhigten also die Aktionär*innen zulasten anderer Interessengruppen. Damit gelang es, die Ausbreitung der Krise zu stoppen. Der Kollaps von Credit Suisse hätte leicht eine weltweite Finanzkrise auslösen können.

In den USA wie in der Schweiz waren rechtzeitiges Eingreifen, ausreichende Ressourcen und Expertise im Kri-

senmanagement entscheidend. Hilfreich war auch die internationale Kooperation. Andere Zentralbanken waren bereit, im Bedarfsfall Devisenswaps zu ermöglichen – was jedoch nicht nötig wurde. Rasches und unorthodoxes Handeln begrenzte den Schaden, sodass der Ausfall einzelner Banken nicht zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem wurde (siehe Hauptartikel).

Weitere Bankprobleme sind aber möglich. Die jüngsten Pleiten hingen mit schlechten Entscheidungen in der Niedrigzinszeit zusammen. Die kollabierten Banken hatten langfristige Kredite zu niedrigen Zinssätzen vergeben – und nach Zinserhöhungen der Zentralbanken waren diese nicht mehr lukrativ. Wahrscheinlich haben viele andere Finanzinstitute ähnlich investiert.

Trotzdem erhöhten die Federal Reserve wie auch die Schweizerische Nationalbank in den letzten Wochen die Zinsen weiter. Sie geben also weiterhin der Inflationsbekämpfung Vorrang. Nachdem sie im März eine ernste Krise des globalen Finanzsystems verhindert, glauben Fed und Schweizerische Nationalbank offensichtlich, alles unter Kontrolle zu haben. JSS

Bisher hat die internationale Gemeinschaft weder Regeln für den Umgang mit Staatsinsolvenzen noch eine supranationale Institution, die Umschuldungen auch gegen den Willen einzelner Gläubiger durchsetzen könnte. Umstrukturierungen waren deshalb immer schwierig. Sie wurden deshalb ad hoc entschieden, also letztlich auch ohne allzu große konzeptionelle Kohärenz. Beispiele waren 1989 der Brady-Plan, 1996 die Initiative für hochverschuldete Länder (HIPC) und 2006 die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI).

Der CF muss ausgebaut werden, um den Weg zu einem Insolvenzverfahren für Staaten zu ebnen. Die Erfahrung mit den jüngsten Bankenturbulenzen in reichen Ländern zeigt:

- Es ist sinnvoll, schnell und entschlossen zu handeln, was aber internationalen politischen Willen voraussetzt.
- Ohne umfangreichen Schuldenerlass können zudem manche Probleme nicht gelöst werden.
- Damit überlastete Länder ihre Schulden tragfähigkeit wiedererlangen, ist nicht

nur frisches Geld nötig, sondern auch mutige Politik zur wachstumsfördernden Reform der Volkswirtschaften.

- Dies erfordert die Beteiligung und Koordination aller Gläubiger.
- Einzelfalllösungen sind wichtig. Scheitern ist keine Option; die sozialen und wirtschaftlichen Kosten sind schlicht zu hoch.

Eine neue Finanzarchitektur kann durch Einzelmaßnahmen entstehen. Wichtig ist praktischer Erfolg, nicht lupenreine Theorie.

China und der Pariser Club

China ist der wichtigste bilaterale Gläubiger der Welt, verträgt sich aber nicht gut mit dem Pariser Club, dem informellen Zusammenschluss der westlichen Gläubigerstaaten. Das erschwert die Lösung von Staatsschuldenkrisen.

Der Pariser Club will keine Schulden ohne chinesische Kooperation umstrukturieren. Seine Mitglieder wollen die Volksrepublik nicht als Trittbrettfahrer. Das wäre der Fall, wenn China von fortlaufenden Schuldendiensten profitierte, während westliche Institutionen auf Geld verzichteten.

Laut einer aktuellen Studie der Weltbank (Horn et al. 2023) ist China bisher jedoch kein Trittbrettfahrer. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren 128 Rettungsdarlehen für 22 Schuldnerländer ausgegeben – bislang in Gesamthöhe von 240 Milliarden Dollar. Das Geld erhielten Länder mit schwindenden Devisenreserven und schlechter Bonität.

Fast 80 Prozent des chinesischen Rettungsgeldes wurde zwischen 2016 und 2021 vergeben. Das schließt sogenannte „Rollover“ ein, bei denen Kreditlaufzeiten immer wieder

verlängert werden. Derweil hat China die Kreditvergabe für Infrastruktur- und andere Entwicklungsprojekte radikal reduziert.

Chinas Krisenhilfe für hochverschuldete Länder ist nicht uneigennützig. Peking versucht, seine eigenen Finanzinstitute zu retten, wie Carmen Reinhart, eine Co-Autorin des Weltbankpapiers, sagt. Verschiedene Staatsbanken sind in Chinas internationale Kreditvergabe involviert, und es ist unklar, welche Verluste sie auffangen könnten. Reinhart urteilt, der Grund für Chinas extreme Zurückhaltung bei Schuldenerlassen sei die Angst vor Überlastung der eigenen Banken.

China erkennt aber das Ausmaß der Schuldenalpträume und reagiert auch darauf. Allerdings kann kein Nationalstaat diese Probleme allein lösen, weil zu viele Parteien beteiligt sind. Ohne internationale Zusammenarbeit geht es nicht.

Westliche Regierungen kritisieren China gern für die rigide Haltung bei Schuldenerlassen, haben sich früher aber oft ähnlich verhalten. Auch sie



China ist wichtiges Gläubigerland: Werbung für ein Hafenprojekt in Sri Lanka Anfang 2022.

haben mit Schuldenerlassen stets gezögert. Zudem zeigten sie wenig Interesse daran, einen voll funktionsfähigen Mechanismus für Staatsinsolvenzen zu schaffen. Deutschlands aktuelle Bundesregierung hat sich allerdings dafür ausgesprochen.

Grundsätzlich will Peking, dass die multilateralen Entwicklungsbanken (MEBs), wie die Weltbank, einen Teil

ihrer Kredite streichen. Bei der jüngsten Einigung auf Schuldenumstrukturierung für Ghana zeigte sich China am Ende jedoch kompromissbereit (siehe Haupttext).

Klar ist, dass Schuldentreibungen durch MEBs den Schmerz bilateraler und privater Gläubiger lindern würde. Es würde aber den Interessen der Entwicklungsländer widersprechen, die auf MEB-Kredite für Infrastrukturausbau und andere politische Maßnahmen angewiesen sind. Die MEBs würden nämlich den Status des bevorzugten Gläubigers verlieren, der sich zu relativ niedrigen Kosten auf den internationalen Finanzmärkten refinanzieren lässt. Folglich würden ihre Entwicklungsdarlehen teurer. Das wiederum würde die Schulden tragfähigkeit gefährden und den Entwicklungsländern noch weniger Chancen lassen, Probleme wie Armut oder Umweltgefahren anzugehen. JSS

LINK

Horn, S., et al., 2023: China as an international lender of last resort. Washington, World Bank Group.
<http://documents.worldbank.org/curated/en/099450403272313885/IDU046bbbd8d06c-c0045a708397004cbf4d2118e>

Zum Fortschritt kann dieses Jahr auch der innovative Globale Runde Tisch zur Schulden thematik – geleitet von IWF, Weltbank und G20-Präsidentschaft (derzeit Indien) – beitragen. Er soll alle beteiligten Parteien involvieren, Diskussionen anregen und Konsensbildung vorantreiben.

In vielen Fragen braucht es Durchbrüche – von technischen Definitionen bis hin zu Zeitplänen und Transparenzregeln. Nötig ist Klarheit darüber, wie die Schuldenlast bewertet wird und wer was zur Umstrukturierung beitragen muss.

DER FALL GHANA

Fortschritt ist auch unter sehr schwierigen Bedingungen möglich. Nach zähen und zermürbenden Verhandlungen haben sich China und die westlichen Gebernationen auf eine Schuldenumstrukturierung für Ghana geeinigt. Die Regierung ist seit Dezember zahlungsunfähig.

Der Kompromiss beinhaltet, dass die Weltbank Ghana weiterhin Zuschüsse und

vergünstigte Kredite gewährt, aber keine Schulden erlassen werden. China dagegen wird einen Teil der Schulden streichen, obwohl es vorher darauf bestand, dies nur zu tun, wenn auch die Weltbank mitzöge (siehe Box 2).

Das Londoner Magazin Economist bezeichnete das als Schummelei („fudge“), sah darin aber auch die Chance, für andere Länder ähnliche Lösungen zu finden. Die Zeitschrift warnte jedoch, der Fall Ghana sei vergleichsweise leicht gewesen, weil der chinesische Anteil an den Schulden relativ klein sei.

Laut Financial Times geht es nur um etwa 1,9 Milliarden von insgesamt 63 Milliarden Dollar. Andere staatliche Geldgeber haben derweil 3,5 Milliarden Dollar bereitgestellt, während private Auslandsanleger auf etwa 15 Milliarden Dollar kommen. Im Fall Ghanas ist auch die Verschuldung im Inland substantiell.

Dennoch ist das Abkommen von China und westlichen Gebern wichtig, denn ein IWF-Rettungspaket hängt davon ab. Die erste Tranche – 600 Millionen von insgesamt

3 Milliarden im Lauf von drei Jahren – kann sofort ausgezahlt werden. Kompromisse sind also offenbar möglich. Ermutigend ist zudem, dass das Abkommen für ein Land mit niedrigen mittleren Einkommen gilt, obwohl der CF eigentlich nur für Länder mit niedrigen Einkommen konzipiert wurde. Es ist gut, wenn der CF mit solchen inkrementalen Einzelschritten erweitert wird.

Substanzieller Fortschritt sendet ein wichtiges Signal: Schuldenprobleme werden ernst genommen, und sie sind lösbar. Ähnliche Abkommen für Sambia und Äthiopien sollten diese Botschaft nun schnell bekräftigen.



JOSÉ SIABA SERRATE
ist Volkswirt an der Universität von Buenos Aires und der Uni des Zentrums für makroökonomische Studien

(UCEMA), einer Privatuniversität in Buenos Aires. Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rates für Internationale Beziehungen (CARI).
josesiaba@hotmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,
wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**
Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



Ein Wohngebiet in Wuhan Anfang 2020. Kein Land war auf die Covid-19-Pandemie vorbereitet.

PANDEMIEN

Auf dem Weg zu globaler Vorsorge

Ein neuer Pandemiefonds soll die Weltgemeinschaft vor einer erneuten Katastrophe wie der Covid-19-Pandemie bewahren. Er steht vor vielen Herausforderungen, hat aber auch das Potenzial, nicht nur Vorsorge, sondern auch Prävention zu betreiben.

Von Wolfram Morgenroth-Klein

Bereits Infektionsausbrüche wie SARS in Südchina 2002, MERS im mittleren Osten 2012 und Ebola 2014 in Westafrika hätten Alarmsignale sein müssen. Erst die Covid-19-Pandemie mit über 6,7 Millionen Toten und mehr als 12,5 Billionen Dollar Wirtschaftseinbußen jedoch hat der Weltgemeinschaft verdeutlicht, wie schlecht die Gesundheitssysteme gerüstet waren und wie wichtig es ist, Ausbrüche gefährlicher Erreger möglichst zu vermeiden, besser vorzusorgen und sie effizienter zu bekämpfen.

Wir stehen vor der Aufgabe, multiplen Infektions- und Pandemierisiken in einer ohnehin bereits krisengeschüttelten Welt zu begegnen. Denn diese Risiken bestehen unvermindert fort. Sie nehmen in einer immer

vernetzteren, mobileren Welt und durch die Klimakrise und Biosphärenzerstörung sogar noch weiter zu. Während einerseits Covid-19 nach wie vor bekämpft werden muss, muss die Weltgemeinschaft also andererseits gleichzeitig neue Ausbrüche eindämmen und sich auf künftige Pandemien vorbereiten.

Vor diesem Hintergrund beriefen die G20-Staaten 2021 das G20 High-Level Independent Panel on Financing the Global Commons for Pandemic Preparedness and Response (G20-HLIP) ein. Ende 2021 griff die US-Regierung mit ihrem Vorschlag zur Gründung eines neuen multilateralen Fonds für Pandemic Prevention, Preparedness and Response (PPR) eine zentrale Empfehlung dieses Panels auf. Der neue Fonds sollte – wie zuvor gegründete Gesundheitsfonds auch – als Financial Intermediary Fund (FIF) bei der Weltbank aufgehängt sein. Kennzeichen solcher FIFs sind:

- Sie sind dezidiert multilaterale Instrumente. Mindestens drei Geber müssen insgesamt mindestens 200 Millionen Dollar Finanzierung bereitstellen.

- Sie werden von der Weltbank verwaltet. Diese bringt ihre Erfahrung bei der Finanzierung und Umsetzung in Entwicklungsländern ein.
- Die Verwaltung ist schlank. Ein FIF vergibt die Mittel an leistungsfähige internationale Durchführer. Es werden also keine neuen Umsetzungsstrukturen geschaffen, sondern bestehende zielgerichtet genutzt.
- Die politische Steuerung von FIFs liegt nicht bei der Weltbank, sondern bei einem Aufsichtsrat, dessen Zusammensetzung und Regeln politisch entschieden werden.

Nach einem von der US-Regierung einberufenen Gipfel im Mai 2022, bei dem die USA und die EU je 450 Millionen Dollar und Deutschland 50 Millionen Euro bzw. im September weitere 19 Millionen Euro Finanzierung zusagten, wurde der neue Fonds im Juni gegründet. Die erste Aufsichtsratsitzung fand bereits im September 2022 statt. Im Dezember 2022 hatten 25 Geber rund 1,6 Milliarden Dollar für den Fond zugesagt, der seit November „Pandemic Fund“ (PF) heißt. In diesem Monat wurde er auch auf dem G20-Gipfel in Bali offiziell und als eines der sichtbarsten Ergebnisse der G20- und G7-Prozesse des Jahres 2022 lanciert.

Die Besonderheiten des neuen Pandemic Fund sind:

- Seine katalytische Rolle: Er soll gezielte Anreize setzen, um das globale öffentliche Gut Gesundheit/Freiheit von Infektionskrankheiten zu fördern – ergänzend zu den Anstrengungen nationaler Gesundheitssysteme. Der PF muss darauf abzielen, Verbindungen zwischen bislang häufig parallel nebeneinanderher arbeitenden Instrumenten und Institutionen im Gesundheitsbereich sowohl national als auch international zu stärken.
- Seine Governance: Im PF-Aufsichtsrat sitzen je neun Geber- und Nehmerländer und zwei Vertretungen der Zivilgesellschaft. Daneben gibt es einen Sitz für philanthropische Stiftungen, die bislang Zusagen in Höhe von knapp 40 Millionen Dollar gemacht haben. Mit Indonesien, China, Südafrika, Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien sind erstmals in einem Fonds dieser Größe auch Länder Geber, die kein Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind. Co-Vorsitzender der Geberländer ist der ehemalige indonesische Finanzminister Muhammad Chatib Basri. Dennoch bleibt es eine Herausforderung.

rung, Länder mit geringeren Einkommen („Co-investor countries“) stärker zu beteiligen. Sie sind noch immer zu wenig präsent und eingebunden.

- Die Einbindung der Weltgesundheitsorganisation (WHO): Als zentraler Fach- und Politikgestalter im Gesundheitsbereich ist ihre Rolle in den Grundlegendendokumenten des PF verankert. Mit Mike Ryan, dem Exekutivdirektor des WHO-Gesundheitsnotfallprogramms, wurde ein hochrangiger WHO-Vertreter zum Vorsitzenden des beratenden Wissenschaftsgremiums (Technical Advisory Panel) ernannt, das eine wichtige Rolle bei der Begutachtung von Anträgen und der Erarbeitung von grundlegenden Konzepten spielen wird.
- Seine Geschwindigkeit: Nur sieben Monate nach der Gründung wurde im Januar 2023 die erste Ausschreibung gelauncht – ein Prozess, der bei anderen Fonds oft Jahre dauert. Das ist positiv und auch politisch notwendig, weil der Fonds darauf angewiesen ist, seine Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass die besten und wirksamsten Vorschläge den Zuschlag erhalten. Auch müssen zeitgleich die Verfahrensabläufe eingespielt und optimiert werden.

FINANZIERUNGSLÜCKEN SCHLIESSEN

Der PF muss sich nun in der Praxis bewähren. Er steht vor einigen Herausforderungen. Vordringliches Ziel im Jahr 2023 ist es, den Fonds in Gang zu setzen. Die erste Ausschreibung im Bereich Labore, Surveillance und Kapazitätsbildung wird bereits im Juli zu ersten Finanzierungsentscheidungen führen und die Umsetzung der Vorhaben dann direkt starten.

Die Aufgabe, die bestehenden Lücken in der PPR-Finanzierung nachhaltig zu schließen und Maßnahmen richtig auszubalancieren, ist besonders schwierig. Unter anderem müssen:

- diese Lücken und (Pandemie-)Risiken noch klarer identifiziert und priorisiert werden.
- die Maßnahmen echte Anreize setzen, andererseits aber Mitnahmeeffekte verhindern. Das kann nur in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Partner geschehen. Ärmere Länder mit schwachen Strukturen werden möglicherweise deutlich stärkere Unterstützung benötigen, als bisher für sie vorgesehen ist – zum Beispiel in Form von Beratung bei der Konzipierung von Vorsorgemaßnahmen und bei ihrer Umsetzung.
- von den Ländern getragene, zugleich aber auch regionale und bisweilen globale Ansätze verfolgt und finanziert werden. Gerade letztere werden auch von den Fortschritten, die das internationale Rahmenwerk bei den bestehenden internationalen Gesundheitsvorschriften und dem künftigen Pandemieabkommen machen wird, abhängen.

Der Fonds muss darüber hinaus finanziell abgesichert werden, denn er ist deutlich unterfinanziert. Das gilt für seine Finanzausstattung insgesamt – 1,6 Milliarden Dollar sind angesichts der in einer gemeinsamen Studie der WHO und der Weltbank identifizierten Finanzierungslücke von 10,5 Milliarden Dollar pro Jahr nur ein Anfang. Außerdem war im März 2023 überhaupt nur ein Drittel der zugesagten Mittel effektiv eingezahlt. Der PF wird alle verfügbaren Mittel bereits 2024 verausgabt haben, wenn bis dahin nicht die bereits getätigten

Zusagen eingezahlt werden und nicht mehr substanzielle neue Zusagen hinzukommen. Deutschland geht hier mit gutem Beispiel voran. Das BMZ hat Ende April 2023 weitere fünfzig Millionen Euro zugesagt, die bis zum Oktober ausgezahlt werden. Mittelfristig (2025 oder 2026) muss es jedoch, wie bei anderen Fonds auch, eine Wiederauffüllung nach möglichst klaren Beitragsschlüsseln geben.

Die wohl schwierigste Aufgabe ist aber, Priorisierungsentscheidungen bei begrenzten Mitteln zu treffen. Einige einflussreiche Stimmen plädieren dafür, dass sich der Fonds bis auf Weiteres nur auf die Vorsorge vor Pandemien (preparedness) konzentrieren sollte. Sie argumentieren, dass Prävention (prevention) und die unmittelbare Bekämpfung eines großen Infektionsausbruchs (response) weder finanzier- noch operationalisierbar seien.

Das trifft durchaus einen Punkt, aber greift dennoch zu kurz. Präventions- und One-Health-Themen aus der Pandemiepolitik herauszuhalten ist vergleichbar mit einer Klimapolitik, die auf Emissionsminderungen verzichtet und stattdessen nur noch Anpassungsmaßnahmen finanzieren würde. Eine Pandemiepolitik, die zwar die allgemeine Vorsorge verbessert, bei einem massiven Infektionsausbruch aber nicht schnell und entschieden handeln kann, ignoriert am anderen Ende der Handlungsskala die bitteren Erfahrungen der Gegenwart. Covax und Act A als zentrale Programme der weltweiten Pandemiebekämpfung laufen 2023 aus. Wir werden eine Institution und Mechanismen brauchen, die die Lerneffekte dieser Programme berücksichtigen und im Krisenfall schnell anspringen. Mindestens die Schnittstelle zwischen Vorsorge und ersten Bekämpfungsmaßnahmen muss daher mitgedacht und aufgebaut werden. Das könnte der Pandemic Fund grundsätzlich übernehmen – seine allgemeine strategische Ausrichtung, aber auch seine (noch nicht ganz ausformulierten) Ziele und Aufgaben lassen dies zu.



WOLFRAM MORGENROTH-KLEIN
ist BMZ-Referatsleiter des Referats 101
Pandemieprävention,

Pandemievorsorge und One Health sowie Aufsichtsratsmitglied des Pandemic Fund.
wolfram.morgenroth-klein@bmz.bund.de



Covid-19-Impfkampagne in Südafrika.

INDIGENE VÖLKER

Die Yanomami sterben, und mit ihnen ihre Heimat

Die größte Ethnie Brasiliens, die Yanomami, wird von Hunger und Krankheiten dahingerafft. Bolsonaro's Regierung trägt Schuld an dieser humanitären Katastrophe. Das Schicksal dieses Volkes hat weitreichende Folgen, auch für die Artenvielfalt und den weltgrößten Regenwald.

Von André de Mello e Souza

Im Zuge der Demokratisierung Brasiliens gelang es den indigenen Völkern des Landes nach langem Kampf, ihr Territorium durch die Verfassung schützen zu lassen. Unter Präsident Jair Bolsonaro zeigte sich, dass Gesetze dafür nicht reichen.

Er machte nie einen Hehl daraus, indigenes Land für ausbeuterische und nicht nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten zugänglich machen zu wollen – für den Goldabbau, aber auch für Landwirtschaft und Viehzucht.

Vor 30 Jahren hatte Bolsonaro, damals noch Kongressabgeordneter, im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Verordnung zur Abgrenzung des Landes der Yanomami von 1991 kippen sollte. Er scheiterte, kam aber, kaum zum Präsidenten gewählt, darauf zurück.

Während seiner Amtszeit behinderte Bolsonaro massiv Institutionen, die Indigene und das Amazonasgebiet schützen. Norwegische und deutsche Geber gewährleisteten seiner Regierung in der Folge keine volle Kontrolle über den Amazonasfonds, der erfolgreiche Projekte zum Schutz des Regenwaldes unterstützt. Somit wurden viele Projekte während eines Großteils seiner Amtszeit gar nicht gefördert.

Darüber hinaus finanzierte Bolsonaro wichtige Umweltschutzbehörden wie das Brasilianische Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen (IBAMA) und das Chico-Mendes-Institut für den Erhalt der Biodiversität (ICMBio) zu wenig und entzog ihnen zum Beispiel die Befugnis, Ausrüstung zu zerstören, die für illegale

Abholzung und Bergbau verwendet wird. Bolsonaro ging sogar so weit, Beamt*innen dieser Behörden strafrechtlich zu verfolgen, die nur versuchten, ihre Arbeit zu machen.

Gesetze und Vorschriften zum Schutz des Amazonaswaldes und seiner Ureinwohner schwächte er so weit ab, wie er es ohne Unterstützung des Kongresses konnte. Im Grunde sorgte er dafür, dass die Bundesregierung nicht in der Lage war, Gesetze zum Schutz der Umwelt und der verfassungsmäßigen Rechte der indigenen Bevölkerung Brasiliens durchzusetzen.

Die Yanomami sind mit zwischen 28 000 und 35 000 Angehörigen die größte dieser indigenen Gruppen. Ihr Land erstreckt sich über 96 000 Quadratkilometer – eine Fläche größer als Portugal – und liegt in Roraima und Amazonas, den nördlichsten Staaten Brasiliens. Das Gebiet wurde immer wieder von illegalen Goldgräbern und ande-

ren Gruppen überfallen. Schon vor der Wahl Bolsonaros gab es oft Konflikte, die tödlich endeten.

Ab 2019 hat sich die Situation jedoch erheblich verschlechtert. Laut einer von der Hutukara-Yanomami-Vereinigung (HAY) veröffentlichten Studie nahm der illegale Goldabbau im Jahr 2022 um 54 Prozent zu. Mehr als 2000 Hektar Land der Yanomami wurden zerstört. Die Studie zeigt auch einen exponentiellen Anstieg der Abholzung durch den Bergbau seit 2018, als die Vereinigung mit der Überwachung dieser Aktivitäten begann. Das System zur Überwachung des illegalen Bergbaus basiert auf Bildmaterial von Constellation Planet, Satelliten mit hoher räumlicher Auflösung.

Geschätzt agieren etwa 20 000 Goldschürfer im Land der Yanomami. Berichten zufolge stehen sie in Verbindung mit kriminellen Organisationen, insbesondere mit Drogenhändlerbanden in São Paulo und Rio de Janeiro. Neben der Abholzung schädigt der illegale Goldabbau die Flüsse des Amazonas und beraubt die Yanomami und andere Indigene, die hauptsächlich von Fischfang und Jagd leben, ihrer Lebensgrundlage.

Die Bergleute nutzen hochgiftiges Quecksilber, um Gold von Rückständen zu trennen. Ein Bericht der brasilianischen



Ein krankes Yanomami-Baby wird in den Armen seiner Mutter aus dem Yanomami-Gebiet nach Boa Vista, Hauptstadt des Staates Roraima, geflogen. Die neue brasilianische Regierung rief einen Gesundheitsnotstand für die Yanomami aus.

Polizei zeigt, dass vier Flüsse im Land der Yanomami durch das Metall stark verseucht sind. Es gelangt durch den Verzehr von Fisch oder Wasser sowie durch die Haut oder Dämpfe in den Körper.

Die Minenarbeiter*innen brachten auch Corona und andere Krankheiten zu den Indigenen. Das trifft besonders Kinder und Ältere. Laut der Indigenous Peoples' Association of Brazil (APIB), sind allein 2022 circa 100 Yanomami-Kinder gestorben, während Bolsonaros gesamter Amtszeit etwa 570. Daten des Gesundheitsministeriums belegen, dass zwischen 2019 und 2022 – Bolsonaros Amtszeit – deutlich mehr Yanomami an Unterernährung starben als in den vier Jahren zuvor.

Dinamam Tuxá, Exekutivkoordinator der APIB, sagt, dass die Yanomami in dieser Zeit schlechteren Zugang zu Gesundheitsdiensten hatten. Der einzige Gesundheitsposten, den die Bundesregierung in der Nähe des Yanomami-Landes unterhielt, wurde geschlossen. Goldgräber zweigten Berichten zufolge Medikamente und medizinische Geräte ab.

HILFERUFE WERDEN IGNORIERT

Diese humanitäre Katastrophe kam nicht überraschend. Die Staatsanwaltschaft mahnt bereits seit einem Jahr, dass die Regierung nicht handelt, um die Goldsucher vom Land der Yanomami zu vertreiben. 2020 ordnete der Oberste Gerichtshof Maßnahmen zum Schutz der indigenen Gemeinschaften an, vor allem einen Aktionsplan zur Vertreibung der Eindringlinge vom Land der Yanomami und sechs anderen indigenen Gebieten. Zudem ordnete der Gerichtshof die Umsetzung eines Plans an, durch den Corona bekämpft, Ernährungssicherheit gefördert, Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung verabschiedet und Sanitärbarrieren in indigenen Gebieten errichtet werden sollten. Indigene Vertreter*innen wendeten sich eigenen Angaben zufolge seit November 2020 mit mindestens 21 Hilferufen an die Regierung, Staatsanwaltschaft, Nationale Stiftung für indigene Völker (Funai) und brasilianische Armee, um auf die dramatische Lage ihrer Gemeinden hinzuweisen. Alle Bitten wurden ignoriert.

Unter Bolsonaro duldete die Regierung illegalen Bergbau und Abholzung weiter, wenn sie sie nicht gar förderte. Tatsächlich hatte die IBAMA bereits einen



Eine illegale Goldmine im Gebiet der Yanomami.

Plan, um den illegalen Bergbau im Land der Yanomami innerhalb von sechs Monaten durch Luft- und Flusskontrollen an von Umweltinspektoren kartierten Standorten auszumerzen. Er wurde nie umgesetzt. Der Oberste Gerichtshof prüft nun Beweise dafür, dass Bolsonaro angesichts der sich abzeichnenden Tragödie falsch über die Lage der Yanomami informiert hat.

Ende Januar 2023 hat die neu gewählte Bundesregierung unter Luiz Inácio Lula da Silva begonnen, kranke Indigene in Kliniken in Boa Vista, der Hauptstadt von Roraima, zu bringen. Derzeit sind etwa 700 Yanomami im Krankenhaus. Lula befahl auch dem Militär, die Yanomami aus der Luft mit Essen und Medikamenten zu versorgen. Deren Gebiet ist jedoch weitläufig und abgelegen, und es fehlt an grundlegender Infrastruktur und Landebahnen.

Die neue Regierung hat zudem eine Operation eingeleitet, um illegale Goldgräber aus dem Yanomami-Territorium zu vertreiben. Truppen der Streitkräfte und Vertreter der IBAMA sowie der Polizei sind daran beteiligt. Das Schicksal der großen Zahl von Armut bedrohter Menschen, die vom illegalen Goldabbau leben, zeigt, vor welchen weiteren großen sozialen Herausforderungen Brasilien steht.

Der neue Justizminister Flávio Dino hat nun die brasilianische Polizei angewiesen, zu untersuchen, ob Bolsonaro und seine Regierung Völkermord begangen haben, und auch die Staatsanwaltschaft untersucht

mögliche Verbrechen an den Yanomami. Darüber hinaus hat die APIB in einer beispiellosen Initiative einer indigenen Organisation eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag eingereicht, um die Regierung Bolsonaro des Völkermordes zu überführen. Bolsonaro kann jedoch nur dann vor den IStGH gebracht werden, wenn es der brasilianischen Justiz nicht gelingt, ein faires Verfahren durchzuführen.

Anhand der Yanomami zeigt sich deutlich, dass das Schicksal des Regenwaldes untrennbar mit dem seiner ersten Bewohner verbunden ist. Die vom brasilianischen Nationalen Institut für Weltraumforschung (INPE) veröffentlichten Satellitenbilder zeigen, dass es sich bei den am besten erhaltenen Teilen des Amazonaswaldes um die Gebiete handelt, die als indigenes Land ausgewiesen sind. Handeln die Regierungen weiter wegen hoher und direkter Profite auf Kosten der ökologischen Nachhaltigkeit und Biodiversität, werden die Yanomami nur die Ersten von vielen sein, die sterben.

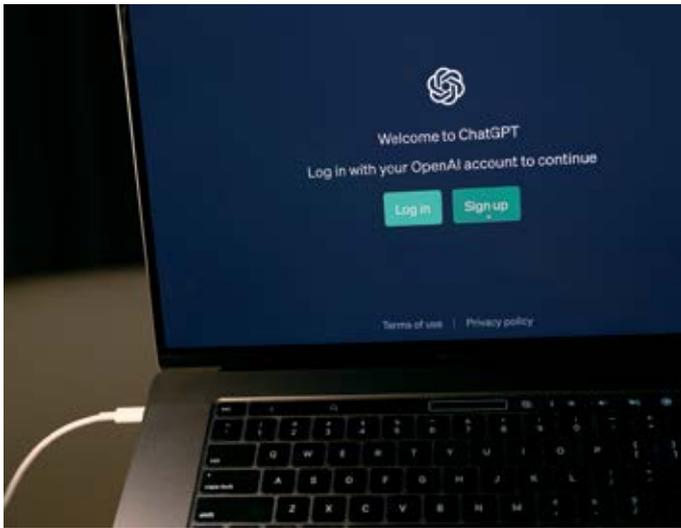


ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen

Denkfabrik in Brasilien.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu

Twitter: @A_MelloSouza



Seit der Einführung von ChatGPT werden KI-Risiken in Massenmedien diskutiert.

ser angepasst, transparenter und zuverlässiger“ zu machen. Während des Moratoriums sollten die führenden Labore zusammen mit externen Fachleuten Sicherheitsprotokolle formulieren und umsetzen. Unabhängige Fachleute müssten dann konsequent die Einhaltung der Protokolle überwachen.

GRUNDSATZFRAGEN

Der offene Brief formuliert Sorgen, die zuvor nur in den Silos der Fachdisziplinen geäußert worden. Er fragt explizit: „Sollen wir alle Arbeitsplätze wegautomatisieren, einschließlich der erfüllenden? Sollen wir nichtmenschliches Bewusstsein schaffen, das uns eines Tages überlegen sein kann und überflüssig macht? Sollen wir riskieren, Kontrolle über unsere Zivilisation zu verlieren?“

Dass Elon Musk, der umstrittene Großinvestor von Tesla, SpaceX und Twitter, den Brief unterschrieb, hat vom Kernanliegen des Briefs abgelenkt – zumal er kurz darauf ankündigte, eine neue KI-Firma zu gründen. Tatsächlich war er ein früherer Anteilseigner von OpenAI, einer der führenden Firmen. Er stieg dann aber wieder aus, und heute wird OpenAI zum Microsoft-Umfeld gezählt.

Weltbekannt wurde OpenAI Ende 2022 mit dem Launch von ChatGPT. Im März 2023 kam dann die noch leistungstärkere Version GPT4. Sie kann lange Texte zusammenfassen oder Gedichte schreiben und hat in den USA auch Juraklausuren bestanden. Sie macht aber auch Fehler, sodass Informationen nachrecherchiert werden müssen. Der offene Brief war eine Reaktion auf GPT4.

Auch andere Unternehmen haben mittlerweile Chatbots gestartet. Das Bildungssystem wird reagieren müssen. Mittelfristig kann diese Technik auch Routinearbeiten von Angestellten übernehmen – zum Beispiel in Callcentern, Steuerbüros oder Verwaltungen.

Was ein sechsmonatiges Moratorium bringen kann, ist jedoch unklar. Marietje Schaake von der Stanford Universität merkt an, für gründliche Gesetzgebung sei sehr viel mehr Zeit nötig. Das gelte besonders, weil die Regulierung sowohl flexibel als auch stringent genug sein müsse, um einem Sektor in schnellem Wandel gerecht zu werden. Sie lässt aber kein Zweifel daran, dass politisches Handeln dringend nötig ist, denn eine Handvoll Firmen treibe die KI-

GROSSKONZERNE

KI-Fachleute fürchten KI

Ein offener Brief mit mittlerweile rund 28 000 Unterschriften warnt vor den Risiken der künstlichen Intelligenz (KI). Fraglich ist jedoch, was das geforderte sechsmonatige Entwicklungsmoratorium bringen würde.

Von Roli Mahajan

Anfang Mai stieg Geoffrey Hinton bei Google aus. Der 75-Jährige ist ein Pionier der simulierten neuronalen Netzwerke, auf denen heutige KI-Systeme beruhen. Er sagt, er habe sich von dem Konzern verabschiedet, um frei über Risiken der Technik sprechen zu können. Aus seiner Sicht sind Chatbots „ziemlich furchterregend“ und könnten von „schlechten Akteuren“ genutzt werden.

Hintons Sorgen sind in der Fachwelt verbreitet. Ende April forderte der finanzmächtige norwegische Staatfonds Regierungen weltweit auf, die Regulierung von künstlicher Intelligenz voranzutreiben. Er kündigte an, bald Richtlinien für die Firmen, in die er investiert, zu veröffentlichen. Dazu gehören Großkonzerne wie Apple, die Google-Mutter Alphabet und Microsoft.

Auch Technologie-Enthusiasten sehen auf drei Ebenen Risiken:

- KI-Programme können die Verbreitung von Fehlinformationen beschleunigen.

- Möglich sind auch erhebliche ökonomische und soziale Schäden, wenn beispielsweise ganze Berufsgruppen überflüssig werden.

- Denkbar ist aber auch das Aussterben oder die Verdrängung der menschlichen Spezies. Eine Umfrage unter US-Fachleuten ergab 2022 für die Wahrscheinlichkeit solch einer desaströsen Entwicklung einen Medianwert von zehn Prozent.

Eine programmatische Publikation der Harvard-Universität warnte Ende 2021, so wie KI derzeit praktiziert werde, laufe sie auf zentrale Entscheidungsfindung hinaus (siehe Box). Die Autor*innen betonten, die Entwicklungslabore hätten ein falsches Verständnis von menschlicher Intelligenz und übersähen die Bedeutung von Debatten, Pluralismus und kooperativem Handeln.

Die prominenteste Warnung erschien dann im März dieses Jahres. Das Future of Life Institute veröffentlichte einen offenen Brief, den bis zum 9. Mai fast 28 000 Menschen, von denen viele im Tech-Sektor arbeiten, unterschrieben hatten. Angesichts der Risiken fordert der Brief eine sechsmonatige Entwicklungspause.

Zur Begründung heißt es, die Entwicklung müsse neu orientiert werden, um die bereits existierenden Systeme „präziser, sicherer, besser nachvollziehbar, robuster, bes-

Entwicklung allein voran. Anderen fehlten die nötigen Datenvolumina und Rechnerkapazitäten. Selbst ihre eigene Universität sei nicht wettbewerbsfähig.

Die Diskussion läuft in allgemeinbildenden Medien weiter. Hochrangige Personen erklären, weshalb sie den offenen Brief unterschrieben haben oder auch nicht. Die

große Frage bleibt indessen offen: Wie kann KI so reguliert werden, dass sie die Menschheit schützt und ihr dient?

LINK

Future of Life Foundation 2023, Open Letter: <https://futureoflife.org/open-letter/pause-giant-ai-experiments/>



ROLI MAHAJAN

ist freie Journalistin und lebt im nordindischen Lucknow. Ihr Beitrag beruht auf der Berichterstattung von

internationalen Medien wie dem Guardian, der New York Times und der Financial Times. roli.mahajan@gmail.com

Fehlgeleitete KI

Eine Gruppe profilierter Fachleute warnt, der Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) liege ein falsches Verständnis von menschlicher Intelligenz zugrunde. Die Konsequenzen sind potenziell katastrophal.

Das Expertenteam um Divya Siddarth urteilt, das aktuelle KI-Paradigma setze Ressourcen für unproduktive und gefährliche Ziele ein. Das gemeinsam verfasste Papier „How AI fails us“ wurde im Dezember 2021 vom Carr Center for Human Rights Policy der Harvard-Universität veröffentlicht. Demzufolge ist KI-Entwicklung derzeit darauf ausgerichtet, einzelne, abgrenzbare und autonome intelligente Einheiten zu schaffen. Anders formuliert geht es darum, Maschinen zu schaffen, deren kognitive Fähigkeiten menschliche übertreffen und unabhängig von Menschen funktionieren. In der Studie heißt dieser Ansatz „real existierende KI“ (AEAI – actually existing artificial intelligence).

Die Fachleute beanstanden, dass dabei missverstanden werde, was menschliche Intelligenz eigentlich ausmache. Diese sei interaktiv, gemeinschaftlich und kooperativ. Folglich sei es irrig, anzunehmen, Menschheitsprobleme würden gelöst, wenn nur die

Spitzenleute intelligent genug wären. Stabile gesellschaftliche Lösungen resultierten nun mal nicht aus zentraler Planung, sondern aus gründlichen Debatten. Die Harvard-Studie fordert deshalb die Entwicklung von digitalen Instrumenten, die zwischenmenschlichen Austausch und kollektive Entscheidungsfindung nicht ersetzen, sondern erleichtern. Diesen Ansatz nennt sie „real existierende digitale Vielfalt“ (AEDP – actually existing digital plurality).

Ein zentrales Argument ist, dass derzeit eine winzige Fachgemeinschaft die Entwicklung vorantreibt. Die Vorreiter seien drei Unternehmen in den USA, von denen jedes eng mit einem der drei Großkonzerne Microsoft, Google und Facebook verbunden sei. Nur sie verfügten über die nötigen Ressourcen. Der harte Wettbewerb zwischen den drei Firmen und die Angst, von chinesischer Konkurrenz überholt zu werden, sei problematisch. Hohes Tempo habe nämlich Vorrang vor gründlicher Risikoanalyse und Sicherheit.

Das Streben nach einer „finalen“ Erfindung, die menschliche Intelligenz mit mächtigerer künstlicher Intelligenz ersetzt, hat aus Sicht des Expertenteams zwingende

Konsequenzen. Pluralistische Perspektiven gingen verloren, technokratische Lösungen würden präferiert und Entscheidungen zentral gefällt. Historisch gebe es aber viele Beispiele dafür, dass extreme Konzentration von Ressourcen und Macht katastrophale Resultate brachte.

Die Autor*innen lehnen an verschiedenen Universitäten oder arbeiten für Microsoft.



Sie lehnen die Vorstellung ab, dass Mensch und Maschine grundsätzlich konkurrierten – und dass Automatisierung per se erstrebenswert sei. Ihrem Urteil nach führe dieses Denken zur Entwertung menschlicher Fähigkeiten, Arbeitslosigkeit und hohen sozialen Kosten. Stattdessen komme es darauf an, mit Technik menschliche Produktivität zu steigern. Die

Studie hält fest, dass es trotz rasanten digitalen Wandels in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahrzehnten wenig Fortschritt gab. Eine Grundbotschaft ist, dass die Menschheit nicht kleine, zentralisierte Entwicklungsgruppen mit umfassenden Ressourcen bei der Verfolgung sehr eng verstandener Ziele ausstatten sollte. Sowohl aus ethischer Perspektive wie auch aus Effizienzgründen sei digitaler Pluralismus der bessere Ansatz.

Die Studie benennt dafür mehrere Praxisbeispiele – zum Beispiel eBird, eine Plattform, auf der Laien ihre Vogelbeobachtungen als Beitrag zur ornithologischen Wissenschaft eingeben können. Auch Wikipedia und Kryptowährungen werden genannt. Gelobt werden zudem Bemühungen der Regierung Taiwans, Demokratie digital zu stärken. Es geht dabei darum, Staatshandeln transparenter zu machen und mehr Menschen zu involvieren. Die zuständige Ministerin, Audrey Tang, hatte sich zunächst als zivilgesellschaftliche Aktivistin einen Namen gemacht, deren Organisation mit digitalen Mitteln für mehr öffentliche Teilhabe kämpfte. RM

LINK

Siddarth, D., et al, 2021: How AI fails us. <https://carrcenter.hks.harvard.edu/files/cchr/files/howaifailsus.pdf>

Lehrkräfte beeinflussen

Kurz vor der Präsidentschaftswahl diesen Sommer in Simbabwe wird die Regierung kritisiert, Lehrkräfte mit einer Kampagne gezielt zu indoktrinieren, um sie für ihre politischen Ziele einzuspannen.

Lehrerinnen und Lehrer spielen in Simbabwe eine entscheidende Rolle und gehören doch zu den am schlechtesten bezahlten Beamtinnen und Beamten des Landes. Die meisten von ihnen sind arm. Die Covid-19-Pandemie, die zu zeitweiligen Schulschließungen führte, hat die Situation noch verschlimmert.

Die Regierungspartei Zanu-PF hat in ihrem Parteiprogramm der Ausbildung von Lehrkräften Vorrang eingeräumt. Die Regierung hat, den Lehrplan der Grundschulen überarbeitet und Regierungspropaganda eingefügt, sagen Kritiker*innen. So sollen Schülerinnen und Schüler beeinflusst werden, ein positives Bild der Partei und ihrer Führungskräfte zu bekommen.

„Die Zanu-PF weiß, dass sie, wenn sie eine Lehrkraft für sich eingenommen hat, eine ganze Gemeinde hinter sich gebracht hat und deshalb indoktrinieren sie die Lehrkräfte“, sagt die 66-jährige Femedzai Muyeni, eine pensionierte Schulleiterin in der Provinz Masvingo.

Ein 37-jähriger Lehrer mit dem Spitznamen Ninja Mambara ist einer von vielen, die in die Herbert Chitepo School of Ideology in der Provinz Mashonaland Central zum „Patriotismus“-Unterricht geschickt wurden. „Die Leute sehen uns als Zanu-PF-Spione, die in ihre Grundschule eingeschleust wurden. Selbst die Schüler haben jetzt Angst vor uns.“

Sie nennen uns maZanu, was umgangssprachlich für Anhänger der Zanu-PF steht“, beklagt Mambara.

Obwohl er insgeheim das Indoktrinationsprogramm ablehnt, ist Mambara aus Angst einer der Regierungspartei nahestehenden Gewerkschaft beigetreten: Teachers for Economic Development (Teachers4ED). Deren Mitglieder werden als Unterstützer*innen des Präsidenten Emmerson Mnangagwa angesehen. Viele Lehrkräfte wurden mit finanziellen Versprechen an die School of Ideology gelockt.

Die 36-jährige Lehrerin Ratidzo aus Harare, die auch die School of Ideology besucht hat, weist die Vorwürfe zurück. „Das ist nicht wahr. Wir sind nach wie vor normale Lehrkräfte und werden am Ende des Monats schlecht bezahlt.“ Ratidzo erzählt, dass sie in der Schule Lieder aus der Kriegszeit gesungen, etwas über die Kämpfer des Befreiungskrieges gelernt und Vorlesungen besuchten haben, in denen positiv über das Land und die Regierungspartei gesprochen wurde.

Einige Lehrerinnen und Lehrer sprechen sich offen gegen das Programm aus, darunter viele, die der traditionellen Lehrgewerkschaft Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ) angehören. ARTUZ-Präsident Obert Masaraure sagt: „Die Regierungspartei versucht, das Denken der Lehrkräfte zu manipulieren und sie davon zu überzeugen, für die Regierungspartei zu stimmen und sogar die Wahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren.“



JEFFREY MOYO
ist Journalist aus Harare.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 25.05.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalıskan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



DEUTSCHE POLITIK

Zukunft gemeinsam gestalten

Die zuständige Abteilungsleiterin aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reagiert auf die Kritik von James Shikwati. Sie betont, dass es Deutschland um Respekt, Gegenseitigkeit und Allianzen geht. Daraus folgt, dass Richtungsfragen im Gespräch mit den Partner*innen und nicht im Alleingang entschieden werden.

Von Birgit Pickel

Europa braucht Afrika als engen Partner – dieser Schlusssatz von James Shikwati (Siehe E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2023/05) steht am Anfang der neuen Afrika-Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wir wissen auch: Europa ist längst nicht mehr alleiniger Partner Afrikas.

Das BMZ verfolgt darum allem voran eine neue Haltung in der Zusammenarbeit – eine Haltung von Respekt und Gegenseitigkeit, von Allianzen statt Alleingängen. Es respektiert in seiner Arbeit die Weltsicht, Werte und Interessen seiner afrikanischen Partner*innen und formuliert zugleich klar die eigenen Interessen und Werte. Es stärkt rechtsstaatliche und demokratische Institutionen, leistungsfähige Verwaltungen und politische Teilhabe und wägt dabei sorgfältig ab, mit welchen Kräften eine Zusammenarbeit sinnvoll ist.

Das BMZ macht unter Ministerin Svenja Schulze stärker als bisher afrikanische Entwicklungsziele (etwa die Agenda 2063 der Afrikanischen Union), Institutionen und Initiativen zur Grundlage der Zusammenarbeit und investiert dafür auch – politisch in mehr Begegnungen, Austausch und Wissen umeinander. Es setzt sich für stärkere Mitsprache afrikanischer Staaten in multilateralen Foren ein – wie etwa den jüngst von Bundeskanzler Olaf Scholz unterstützten G20-Beitritt der Afrikanischen Union.

Zur gemeinsamen Zukunft gehört dabei ein Bewusstsein der Vergangenheit. Das BMZ stellt sich dem im Koalitionsvertrag festgehaltenen Anspruch, koloniale Kon-



Bundesministerin Svenja Schulze zu Besuch bei Kandia Camara, der Außenministerin von Cote d'Ivoire, im Februar 2023.

tinuitäten zu überwinden – mit Blick auf die eigenen Strukturen wie auch mit Blick darauf, durch strukturelle Ansätze globale Asymmetrien abzubauen, etwa in der Handels- oder Agrarpolitik. Dazu gehört auch, Migration *in* und *aus* Afrika entwicklungs- politisch fair und für alle gewinnbringend zu gestalten – für die Migrant*innen selbst, für Zielländer wie Deutschland mit ihrem Fachkräftebedarf, aber auch für die Herkunftsländer, die uns immer wieder sagen, dass sie Wissenstransfer und Entlastung ihrer Arbeitsmärkte statt „Brain Drain“ brauchen. All das sind Teile einer Antwort auf die von James Shikwati zu Recht benannten Herausforderungen Afrikas.

Das Thema „nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplätze und Wohlstand“ steht nicht zufällig am Anfang der Strategie. Deutschland ist einer der ersten

und bis heute größten Unterstützer der panafrikanischen Freihandelszone, dem „game-changer“ für mehr Wertschöpfung und Handel innerhalb Afrikas. Das BMZ unterstützt gemeinsam mit dem Privatsektor Investitionen – in den Ausbau der erneuerbaren Energien, in Pilotanlagen für grünen Wasserstoff oder in die Impfstoffproduktion; immer mit dem Ziel einer „just transition“, einer ökologisch und sozial gerechten Transformation. Es stellt sein Engagement in den Rahmen der EU Global Gateway-Initiative und ihres 150 Milliarden Afrika-Investitionspakets.

Denn auch dies ist ein erklärtes Ziel der neuen BMZ-Afrika-Strategie: Allianzen statt Alleingänge. Das zeigt sich in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Institutionen und Initiativen. Es schlägt sich nieder in den Beiträgen des BMZ zu gemeinsamen „Team Europe“-Initiativen und in dem Bestreben, bilaterale Arbeit und multilaterale Prozesse sinnvoll zu verknüpfen. Es manifestiert sich in neuen bilateralen und multilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften.

Mit alledem ist die neue Afrika-Strategie des BMZ noch längst nicht umfassend dargestellt. Es geht auch um resiliente Ernährungssysteme und die Stärkung lokaler Wertschöpfung, um Standards in (Agrar-) Lieferketten, um soziale Sicherung, um Pandemievorsorge und Basis-Gesundheitsversorgung, um die Überwindung struktureller Ungleichheiten insbesondere zwischen den Geschlechtern und um das Fundament von Entwicklung: Frieden und Sicherheit. Eins ist klar: Wo Fragen zur Richtung offen sind, werden wir sie nicht im Selbstgespräch im Ministerium beantworten, sondern im Gespräch mit afrikanischen und europäischen Partner*innen.

LINK

BMZ, 2023: Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten. (Auch auf Englisch und Französisch abrufbar.)

<https://www.bmz.de/de/laender/bmz-afrika-strategie>



BIRGIT PICKEL
ist als Abteilungsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

für Afrika zuständig.

www.bmz.de



Gotabaya Rajapaksa, damals Präsident Sri Lankas, mit Chinas Außenminister Wang Yi Anfang 2022 in Colombo.

GLOBAL GOVERNANCE

Sonderfall China

Chinesische Spitzenpolitiker tun gern so, als sei ihr Land nur eins von vielen im sogenannten „globalen Süden“. Es ist aber ein sehr besonderes Land. Kein anderes exportiert so viel. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Volksrepublik liegt auch nur noch um 600 Dollar unter der Schwelle von 13200 Dollar, ab der sie als Land mit hohem Einkommen eingeordnet wird.

Von Hans Dembowski

Peking beansprucht, Maßstäbe für gute Partnerschaft in multilateralen Strukturen zu setzen. Sein Handeln bestätigt das nicht unbedingt. Ende 2019 hätte mehr Offenheit über Corona es der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) vielleicht erlaubt, die globale Pandemie zu verhindern. Chinas CO₂-Emissionen pro Kopf betragen 2016 laut Worldometer 7,4 Tonnen. Das ist weniger als der deutsche Vergleichswert (9,4 Tonnen), liegt aber über den Werten der G7-Länder Italien (5,9), Britannien (5,6) und Frankreich (5,1).

Chinas Militär ist gewaltig, und sein Säbelrasseln behagt südostasiatischen Nachbarn nicht. Um Taiwan machen sich Menschen weltweit Sorgen. Ob die Volksre-

publik Russland mit Waffen versorgt, könnte über den Ausgang des Ukrainekriegs entscheiden.

Viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen ringen heute mit hohen Staatsschulden. Relevante Kredite stammen aus China, einem Land mit hohen Währungsreserven. Multilaterale Umschuldungsverhandlungen kommen aber kaum voran – nicht zuletzt, weil China nicht wie westliche Regierungen an Schuldenfragen herangeht. Peking zögert, wenn es um die Streichung von Schulden geht, verlängert aber großzügig Laufzeiten. Es besteht nicht auf Maßnahmen, um die makroökonomische Situation zu stabilisieren, und koordiniert sich auch nicht mit anderen Kreditgeberregierungen. Bislang zeigt China also keine Bereitschaft, von westlichen Erfahrungen in Schuldenkrisen zu lernen.

China ist aber jetzt selbst ein wichtiges Kreditgeberland. Was seine Regierung beschließt, hat Auswirkungen auf Menschen in sehr vielen Entwicklungsländern. Peking betrachtet jede souveräne Regierung als legitimen Vertreter ihrer Nation und lehnt jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Die Dinge sind aber komplizierter, als diese Sicht zulässt, wie das hochver-

schuldete Sri Lanka zeigt. In welchem Maße hat der Rajapaksa-Clan, der die Schulden anhäufte, der Nation gedient? Warum hat ein Volksaufstand ihn davongejagt? Und wer muss den Schlamassel jetzt aufräumen?

Dass westliche Regierungen in der Entwicklungspolitik auf Amtsführungsfragen achten, ist nicht einfach Ausdruck ihrer Arroganz – sondern Resultat ihrer Erfahrung, dass souveräne Regierungen sich oft auf dysfunktionale Weise selbst bedienen. Tatsächlich unterscheidet sich Chinas Diktatur von gewöhnlicher autoritärer Herrschaft, die Machthabende reich macht und das Volk verarmen lässt. China ist nicht korruptionsfrei, seine Spitzenleute sind reich geworden, aber breiter Wohlstand ist ebenfalls entstanden.

Hunderte Millionen wurden aus existenzieller Armut befreit. Bildungs- und Beschäftigungschancen sind entstanden. Die Infrastruktur ist teilweise hervorragend – etwa das ausgedehnte Netz von Hochgeschwindigkeitszügen. Chinas spektakuläre Entwicklungserfolge übertreffen die Leistungen vieler anderer ehemals von Kolonialmächten ausgebeuteter Länder. Noch schöner wäre es allerdings, würden politische Grundrechte respektiert.

China ist ein Sonderfall. Wir sollten aufhören den Begriff „globaler Süden“ zu verwenden, weil er die besondere Rolle Chinas in der Welt unsichtbar macht. Die Volksrepublik stellt sich gegen die Hegemonie des Westens, tut das aber nicht im Interesse aller ehemaligen Kolonien. Das Regime verfolgt vielmehr konsequent nationale Eigeninteressen – was auch seinem ureigenen Selbstinteresse entspricht.

Übrigens ist „globaler Süden“ auch geographisch kein gut gewählter Begriff. Australien, Neuseeland und Chile sind drei der südlichsten Länder der Erde, gehören aber zur OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), dem Club der reichen Nationen. Chiles Nachbar Argentinien verzeichnet hohe mittlere Einkommen. Derweil umspannt die ehemalige Kolonialmacht Russland die halbe Arktis – wird aber gemeinhin nicht zum „globalen Norden“ gezählt.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/**
D+C.

euz.editor@dandc.eu

Unsere Website hat ein neues Design
und ist für mobile Nutzung optimiert.
www.dandc.eu



Informelle indonesische Müllverwerterin.

SCHWERPUNKT

Abfallwirtschaft

„Kriminelle Banden haben die Kontrolle, und es gibt viel Korruption.“
PAMELA CRUZ, S. 23

„Der Nairobi River ist eher ein Rinnsal, das mehr Plastiktüten und Flaschen als Wasser enthält.“
ALBA NAKUWA, S. 25

„Wir hoffen, Nachahmer zu finden, denn Moshi kann eine Vorbildfunktion erfüllen.“
VIANE KOMBE, S. 26

„Laut Interpol hat die illegale Verbringung von Plastikabfällen deutlich zugenommen.“
MICHAEL JEDELHAUSER, S. 28

„Indien exportiert biologisch abbaubares Einmalgeschirr aus Salblättern.“
SUPARNA BANERJEE, S. 30

„80 Prozent der indonesischen Haushalte sollen Ende 2024 von regelmäßiger Müllsammlung profitieren.“
BURKHARD HINZ, S. 31

„Die Umsetzung von Kreislaufwirtschaftsprinzipien bietet ein enormes Potenzial.“
SABINE SCHWAB UND ELLEN GUNSILIUS, S. 32





Müllsammlerin 2016 auf einer Deponie am Rande von Mexiko-Stadt.

Hier übernimmt der informelle Sektor eine entscheidende Funktion – allerdings ohne, dass darüber Buch geführt würde. Informelle Unternehmen arbeiten per Definition ohne große Regulierung und staatliche Aufsicht. Entsprechend gibt es keine systematische Erhebung, wie viel Abfall tatsächlich recycelt wird.

Nicht nur, wie viel Abfall tatsächlich recycelt wird, ist unklar, sondern auch, wie viele Personen in der informellen Abfallwirtschaft arbeiten. Laut der Studie von SEMARNAT und INECC sind es zwischen 500 000 und 2 Millionen. Am unteren Ende der Pyramide hängen ganze Familien von der gefährlichen Arbeit ab. Viele der Müllsammler*innen bleiben bitterarm.

Die informelle Abfallwirtschaft ist ein komplexes System, zu dem Abfallsammlerinnen genauso gehören wie ehrenamtliche Helfer und Schrotthändler. Sie recyceln Rohstoffe und verkaufen sie an Unternehmen. Einzelpersonen und Gruppen gewinnen Papier, Pappe, Kunststoffe und Metalle aus den kommunalen Abfällen.

Eher ein marginales Problem, aber trotzdem ärgerlich: Manche Menschen öffnen auf der Suche nach Wertgegenständen Müllsäcke und verstreuen den Inhalt auf der Straße. Das kann die Gesundheit der Anwohner*innen gefährden. Andere Probleme sind in dieser Hinsicht freilich gravierender. So führt beispielsweise die informelle Rückgewinnung von Metallen aus Elektrogeräten zu gefährlicher Umweltverschmutzung. Die Menschen verbrennen Teile dieser Geräte, ohne sich über die Folgen im Klaren zu sein, wie das Nationale Programm für Vermeidung und Management von Sondermüll 2022–2024 feststellt. Dies gefährdet die menschliche Gesundheit und schädigt die Ökosysteme. Gerade die armen Menschen, die diese Arbeit machen, sind selbst besonders gefährdet.

ORGANISIERTES VERBRECHEN

Der Recyclingmarkt und seine Wertschöpfungsketten sind riesig, sodass im informellen Sektor viel Geld steckt. Kriminelle Banden haben die Kontrolle, und es gibt viel Korruption – ein häufiges Phänomen, wenn sich die Geschäftstätigkeit auf schwarzen und grauen Märkten abspielt. Wo die Rechtsstaatlichkeit kaum greift, haben andere Kräfte das Sagen.

MARGINALISIERUNG

Banden beherrschen Mülldeponien

In Mexikos Abfallwirtschaft ist der informelle Sektor wichtig. Organisiertes Verbrechen und Korruption haben großen Einfluss.

Von Pamela Cruz

Durch Massenkonsum, Urbanisierung und einen schnelllebigen Lebensstil gibt es immer mehr Einwegprodukte, die sofort weggeworfen werden. Käufer*innen denken in der Regel nicht an die sozialen und ökologischen Folgen. Dieser Trend ist in Mexiko deutlich sichtbar. Das Land erzeugt täglich etwa 120 000 Tonnen Abfall, das sind durchschnittlich 0,95 Kilogramm pro Person. Nach Angaben des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen (SEMARNAT – Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales) können nur knapp 31 Prozent davon potenziell recycelt oder wiederverwendet werden.

Die formale Infrastruktur Mexikos ist mit dem Müll überfordert. Das Land hat 47 Abfallbehandlungsanlagen, die sich in 43 Gemeinden in 15 Bundesstaaten befinden. Die Mitarbeiter*innen dieser Anlagen sollen die Abfälle trennen und sortieren. Doch selbst in diesen Anlagen werden nur rund sieben Prozent des so behandelten

Mülls als verwertbar eingestuft. Das stellten SEMARNAT und das Nationale Institut für Ökologie und Klimawandel (INECC – Instituto Nacional de Ecología y Cambio Climático) 2020 in einer gemeinsamen Studie fest. Sie bewerteten darin den Stand der integrierten Abfallwirtschaft.

Kunststoffe verdienen besondere Beachtung. SEMARNAT geht davon aus, dass pro Person etwa 50 Kilogramm Plastik pro Jahr weggeworfen werden und das Land etwa 6000 Tonnen Einwegplastik verbraucht.

Wie belastbar die offiziellen Zahlen sind, ist schwer zu sagen. Mexiko hat zwar einen Rechtsrahmen und politische Instrumente für die integrierte Abfallwirtschaft, aber die reichen laut den Behörden nicht aus. Das Nationale Programm für Abfallvermeidung und -management hat eingeräumt, dass es weder über eine angemessene Infrastruktur noch wirksame Überwachungsmechanismen verfügt. Erschwerend kommt hinzu, dass das formale Abfallwirtschaftssystem entlang der Landes- und Gemeindegrenzen gespalten ist. Ländliche Gebiete und Kleinstädte sind tendenziell im Nachteil, auch weil ihnen das Geld für große Investitionen und eine gut organisierte kommunale Betriebsstruktur fehlt.

Kartelle entscheiden, wer Arbeit in der informellen Abfallwirtschaft bekommt. Sie kontrollieren zum Beispiel, wer Zugang zu Mülldeponien hat. In der Folge sind die Menschen, die auf das Sortieren und Sammeln von Gegenständen auf den Deponien angewiesen sind, ihnen völlig ausgeliefert. Zudem sind die Möglichkeiten zur Überwachung der Mülldeponien begrenzt.

Ein solches Monitoring könnte aber dabei helfen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Tausende von Familien schufteten unter gefährlichen und illegalen Bedingungen auf mexikanischen Mülldeponien. Auch Kinderarbeit ist eine gängige Praxis: Die Kinder begleiten ihre Mütter auf den Deponien und tragen so zum Familieneinkommen bei.

Mexiko hat die Menschen auf den untersten Stufen der Abfallwertschöpfungs-

ketten seit jeher im Stich gelassen. Sie sind benachteiligt, schutzbedürftig und leben in prekären Verhältnissen. Oft konnten sie seit Generationen im formellen Sektor nicht richtig Fuß fassen. Viele sind aus armen ländlichen Gebieten migriert, andere wurden auf der Müllkippe geboren.

Es gibt durchaus staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen, um die Situation zu verbessern (siehe Kasten). Trotz gewisser Fortschritte geht es aber zu langsam voran. Eigeninteressen, die sich einer Veränderung der Situation widersetzen, sind nur ein Teil des Problems. Die große Herausforderung ist, dass die Veränderung nicht nur die Praktiken der Abfallwirtschaft betrifft. Vielmehr muss auch weniger Abfall erzeugt werden – und der verbleibende Müll muss besser wiederverwendbar sein.

Wenn der Wandel nachhaltig sein soll, braucht es eine breite Beteiligung. Die gesamte Gesellschaft muss einbezogen und mitgenommen werden. Mexiko braucht ein umfassendes Konzept, das darauf abzielt, die Verantwortung zwischen kommunalen Behörden, staatlichen Stellen, privaten Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbraucher*innen wirkungsvoll aufzuteilen.



PAMELA CRUZ
arbeitet für Comunalía, einem Netzwerk von Bürgerstiftungen in Mexiko, und MY World Mexico, ein

Sozialunternehmen für nachhaltige Entwicklung und Zusammenarbeit.
pamela.cruz@gmail.com

Kleine Schritte zum Dreifach-Ziel

Sowohl staatliche Stellen als auch zivilgesellschaftliche Gruppen und private Unternehmen sind bemüht, die Abfallsituation in Mexiko zu verbessern. Traditionell reparierten Mexikaner*innen ihre zerrissenen Kleidungsstücke und verwendeten Taschen und Verpackungen mehrmals. Zuletzt musste Mexiko-Stadt ein Gesetz erlassen, das die Lieferung, Vermarktung und den Vertrieb von Einweg-Plastikartikeln verbietet. Das Ziel war, zu den ursprünglichen, umweltfreundlicheren Praktiken zurückzukehren. Das Verbot stieß bei Kunststoffherstellern und Straßenverkäufer*innen auf Widerstand. Die Behörden starteten deshalb Kampagnen, um Straßenhändler*innen, Restaurants und informelle Geschäfte dafür zu sensibilisieren. Sie wandten sich auch an die tianguis – eine Art Flohmarkt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es wichtig ist, Menschen immer wieder darüber aufzuklären,

weshalb Einwegkunststoffe schädlich sind.

Ein international heiß diskutiertes Thema ist, dass vermeintlich langlebige Konsumgüter wie etwa Mobiltelefone kaum noch repariert werden. Hersteller wollen lieber neue Geräte verkaufen, also produzieren sie ihre Waren so, dass sie schwer zu reparieren sind, und verlangen hohe Gebühren für Reparaturdienste. Mexiko will etwas dagegen unternehmen. Eine Reform der Gesetzgebung zum Verbraucherschutz ist im Senat anhängig. Sie soll Unternehmen und Lieferanten dazu verpflichten, erschwingliche Reparaturdienste anzubieten. Außerdem sollen weitere Gesetzesvorhaben die Sicherheit und Haltbarkeit von Batterien und Elektrogeräten verbessern.

Einige Initiativen wollen die Situation der informellen Müllverwerter*innen verbessern – was meist bedeutet, ihre Arbeit formeller zu or-

ganisieren. Ein Beispiel ist Bahía Circular, ein Projekt der gemeinnützigen Organisation Entreamigos in einer Bucht im Bundesstaat Nayarit. Das Projekt will eine Kreislaufwirtschaft schaffen, in der alle Abfälle wiederverwendet werden.

Das Projekt unterstützt ein Netzwerk von etwa 90 Abfallsammler*innen aus einkommensschwachen Gemeinden. Sie arbeiten in semiländlichen Gebieten, wo es bisher keine angemessene Abfallentsorgung gab. Entreamigos stattete die Sammler*innen mit Stiefeln, Handschuhen und anderer Schutzausrüstung aus. Außerdem klärte die Organisation sie über verschiedene Arten von Müll auf, welche Risiken jeweils drohen und wie sicher

damit umzugehen ist. Auch andere Kompetenzen sind wichtig, zum Beispiel hinsichtlich digitaler Geräte und Finanzmanagement. Das dreifache Ziel der Projekte ist: Lebensunterhalt formalisieren, Lebensstandard erhöhen und Abfallwirtschaft verbessern.

Um lokale Unternehmen in das Projekt einzubeziehen, führte Entreamigos „Kreislaufkredite“ ein. Das ist eine Form der Bezahlung für abfallwirtschaftliche Dienstleistungen, die beim Monitoring hilft – und dabei, langfristige Beziehungen aufzubauen.

Das soziale Unternehmen Sarape Circulab führt Müllsammelprojekte durch. Sein Programm ist kompetenzorientiert und schult informelle Recycler*innen in Bereichen wie Ressourcenmanagement, persönliche Finanzen, Sparen, Lebensmittel, Gesundheit und Sicherheit. Fragen der Qualitätskontrolle stehen ganz oben auf der Tagesordnung: Die Arbeiter*innen lernen, Wareneingangs- und -ausgangslisten zu führen und Markttrends zu erkennen.



MEGASTADT

Nairobi kämpft gegen seinen Abfall

Die kenianische Hauptstadt und ihr riesiges Ballungsgebiet befinden sich seit Langem in einem Kampf gegen den Abfall. Es besteht Hoffnung, dass dieser Kampf eines Tages gewonnen wird.

Von Alba Nakuwa

Der Großraum Nairobi ist eines der am schnellsten wachsenden städtischen Gebiete in Afrika. Er hat sich mittlerweile um Teile von vier an die Hauptstadt angrenzenden Bezirken (Kiambu, Kajiado, Machakos und Murang'a) erweitert, die zusammen die Metropolregion Nairobi bilden. Schätzungen zufolge lebten 2022 rund 10,8 Millionen Menschen in diesem Gebiet.

Der Müll wächst proportional mit der Bevölkerung und verschärft ein altes Problem in der kenianischen Hauptstadtregion. Nach Angaben der Weltbank fallen im Großraum Nairobi täglich 2000 bis 4000 Tonnen feste Abfälle an, die von Einwohner*innen, Industrie und Handel entsorgt werden.

Die Nairobi Metropolitan Services (NMS) stehen an vorderster Front im Kampf gegen diese Abfallmengen. Die Behörde wurde 2020 ins Leben gerufen, um dauerhafte Lösungen für Probleme zu finden, mit denen die Stadt schon seit Jahrzehnten konfrontiert ist.

Der damalige kenianische Staatschef Uhuru Kenyatta hat offenbar bei einem

anderen ehemaligen Präsidenten abgekupfert und den Slogan „Making the city great again“ eingeführt, um die verantwortungsbewussten Bürger*innen Nairobis zusammen mit den NMS zu engagieren. Entsprechende Kampagnen sollten für nachhaltiges Verhalten sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz werben.

Konkretere Maßnahmen wie die Einführung von Müllwagen, die den Abfall an der Haustür einsammeln und auf verschiedenen Mülldeponien entsorgen, waren eine bahnbrechende Entwicklung für Nairobi. Darüber hinaus wurden in den meisten städtischen Gebieten Abfallbehälter aufgestellt und Straßenfeger*innen eingestellt, die in Tag- und Nachtschichten für eine saubere Stadt sorgen.

Obwohl die neue Regierung unter Präsident William Ruto viele der von der Vorgängerregierung getroffenen Maßnahmen lautstark verurteilt, hat sie die NMS beibehalten. Die Institution arbeitet nun eng mit Johnson Sakaja, dem neuen Gouverneur der Hauptstadt, zusammen. Rutos Regierung verfolgt damit den Weg seines Vorgängers weiter, führt Kampagnen durch und setzt sich für Recycling und Eindämmung des Plastikmülls ein.

Trotz der Bemühungen der Behörden werfen viele Menschen ihren Müll nach wie vor an den Straßenrand und in die Rinnschne. Der Nairobi River ist mittlerweile

eher ein Rinnsal, das mehr Plastiktüten und Flaschen als Wasser enthält. Auch die schiere Anzahl der Menschen, die in den zahlreichen Slums in und um Nairobi auf engstem Raum leben, erschwert eine vernünftige Abfallwirtschaft. Die Müllhalden von Kangoki und Dandora sind berüchtigt – und der Arbeitsplatz unzähliger informeller Müllsammler*innen.

Es scheint, dass Nairobi umso mehr auf Menschen wie Joseph Kirimi angewiesen ist, um wieder „great“ zu werden. Kirimi ist ein Gemeindemobilisator in Juja, einer Stadt in den Außenbezirken von Nairobi, die aussieht wie die meisten Satellitenstädte in der Gegend. Er arbeitet eng mit der Verwaltung des Unterbezirks Juja zusammen, um sicherzustellen, dass der in den Haushalten und auf den Straßen gesammelte Müll durch Abfallhändler, die für die Entsorgung und das Recycling bestimmter Abfälle wie Flaschen zuständig sind, von den Mülldeponien abgezogen wird. Mittlerweile gibt es in ganz Kenia viele Unternehmen, die damit ihr Geld verdienen.

Kirimi sieht seine ehrenamtliche Arbeit als patriotischen Einsatz. „Es liegt in der Verantwortung eines jeden, dafür zu sorgen, dass der von ihm erzeugte Abfall rechtzeitig und ordnungsgemäß entsorgt wird“, sagt er. Er fügt hinzu, dass in Juja und anderen Gemeinden jeder Haushalt jeden Monat mindestens fünf bis zehn Plastiksäcke für seine Abfälle erhalten sollte, die dann in der Regel unter der Woche abgeholt werden. Leider gilt dies nicht für die zahlreichen informellen Siedlungen.

Von Zeit zu Zeit klären die Bezirksämter die Bürger darüber auf, wie wichtig Recycling ist. Es gibt auch Workshops und Müllsammelaktionen durch örtliche Schulen und gemeinnützige Organisationen, bei denen vor allem junge Menschen zusammenkommen, um in ihrer Gegend Müll zu sammeln.

Kirimi sieht allmählich einen Wandel in der Denkweise der Menschen: „Entsprechende Aktionen nehmen zu. Die Menschen erkennen die Dringlichkeit des Themas. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in der Metropolregion auf dem richtigen Weg sind.“



Informelle Müllsammler*innen bei der Arbeit auf der Dandora-Mülldeponie.



ALBA NAKUWA
ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



David Kimaro führt die Tübinger Delegation rund um Oberbürgermeister Boris Palmer über die Kompostierungsanlage.

kauft. Wir haben auch Anfragen von internationalen Betrieben, deren Großaufträge wir aber nicht immer stemmen können. Die Nachfrage ist sehr hoch.

Wie läuft Ihre Müllpartnerschaft ab: Wer hat welche Rolle in der Projektentwicklung?

Viane Kombe: Wir arbeiten schon seit 2010 mit der SKEW. Wir waren Teil der Pilotphase des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“. Die Rolle der deutschen Partner ist hier seit Beginn Kapazitätsaufbau und Wissensaustausch zur Emissionsreduktion sowie die Gewährleistung von technischer und finanzieller Unterstützung.

Klingebiel: Mein direkter Ansprechpartner in Moshi, der für internationale Beziehungen der Gemeinde zuständig ist, kümmert sich um die Koordination der gemeinsamen Ideen und Projekte. Was die Kompostierungsanlage betrifft, unterstützen wir aus Tübingen natürlich weiterhin, wo es notwendig ist, aber Moshi betreibt die Anlage jetzt allein und ist auch für die Erhaltungskosten verantwortlich, die mittlerweile aus dem Kompostverkauf gedeckt werden können. Aufgebaut wurde die Anlage übrigens auch von der Gemeinde Moshi, wir hatten nur einmal zu Beginn einen deutschen Ingenieur vor Ort, der ein Training abgehalten hat. Kompostierung ist in Tansania nicht sehr verbreitet, es gibt nur eine andere Anlage in Daressalam.

Was sind die wichtigsten Erfolge des Projekts?

Kombe: Für uns ist es wichtig, dass wir nun selbst als Gemeinde einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Das Projekt hat national und auch international viel Aufmerksamkeit erhalten, wir hatten sogar bereits drei Minister zu Besuch. Wir hoffen nun, Nachahmer zu finden, denn unserer Meinung nach kann Moshi eine Vorbildfunktion erfüllen.

Klingebiel: Wir sind über die generelle und auch mediale Aufmerksamkeit, die die Anlage in Tansania erhalten hat, ebenfalls sehr glücklich. Darüber hinaus hat es auch die Städtepartnerschaft gestärkt – es war das erste Projekt in dieser Größenordnung und hat sehr gut funktioniert. Wir sind auch stolz, dass die Anlage drei Jahre nach offiziellem Projektende noch ohne Probleme funktioniert, konstant weiterbetrieben wird und für Moshi einen großen Nutzen hat.

KOMPOSTIERUNG

Partner mit Müllmission

Das tansanische Moshi und das deutsche Tübingen verbindet neben einer Städte- auch eine Klimapartnerschaft durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global. Gemeinsam bauten die Gemeinden eine Kompostierungsanlage in Moshi, die in ganz Tansania bekannt ist.

Viane Kombe, David Kimaro und Stephan Klingebiel im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Wann hat Ihr gemeinsames Projekt begonnen?

Stephan Klingebiel: Offizieller Projektstart war 2018, das Ende 2020, aber wir betreuen die Anlage nach wie vor weiter. Wir sind im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaften der SKEW verbunden. Zuerst gab es die Idee, eine Biogasanlage zu bauen, weil schnell klar war, dass ein Projekt in Bezug auf Müll und Recycling umgesetzt werden soll. Moshi hat wie viele Gemeinden ein Müllproblem. Das Vorhaben erwies sich aber als zu komplex. Nach wechselseitigen Besuchen 2017 haben wir dann gemeinsam beschlossen, eine Kompostierungsanlage zu bauen. Das Projekt konnten wir über einen Kleinprojektfonds der SKEW finanzieren. Städtepartner sind wir schon seit 2014.

Wie genau funktioniert die Kompostierungsanlage?

Klingebiel: Wir haben anfangs eine Person bezahlt, die auf zwei Märkten Moshis die Trennung des Bioabfalls vom restlichen Müll beaufsichtigte. Heute benötigen wir das nicht mehr – die Marktverkäufer*innen wissen, wie man trennt. Der Biomüll wird auf einer Betonfläche abgeladen und Buschwerk als Strukturmaterial untergemischt. Wir haben im Rahmen des Projekts gemeinsam drei Maschinen angeschafft, einmal den sogenannten Kompostumsetzer, der organischen Abfall und Strukturmaterial zerkleinert und mischt. Das Material wird im natürlichen Prozess der Hygienisierung dann bis zu 60 Grad heiß. Dadurch sind keine Keime enthalten, wenn man es verkauft. Dann wird ein mechanischer Wender eingesetzt, gewässert und nach 12 Wochen mit einer Siebtrommelmaschine gesiebt.

David Kimaro: Die Anlage befindet sich circa 18 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Pro Woche kommen zwölf bis 15 Tonnen Kompost zustande. Im Verlauf schichten wir den Kompost dann immer wieder um, bewässern ihn und kontrollieren vor allem seine Temperatur. Der Prozess kann bis zu zwölf Wochen dauern. Es handelt sich nur um organischen Abfall, wir arbeiten nicht mit Chemikalien. Organische Rückstände nach dem Sieben verwenden wir im nächsten Prozess weiter. Der fertige Kompost wird schließlich verpackt und hauptsächlich an kleinbäuerliche Betriebe in der Region ver-

Was waren die größten Hindernisse?

Kombe: Am Anfang war bei den Leuten, die auf dem Markt arbeiten, kein Bewusstsein für den Wert der Abfälle da. Der Sinn des Projekts erschloss sich daher für einige Bürger*innen nicht direkt, aber nach Projektbeginn und einigen Gesprächen änderte sich das rasch, und die Anlage wird nun sehr gut angenommen. Es gibt allerdings durchaus schon immer einige Menschen, die Abfallprodukte sammeln und sie als Tierfutter oder Felddünger verkaufen.

Klingebiel: Genau diesen Menschen, die im informellen Sektor vom Müllsammeln leben, wollten wir natürlich nicht ihre Arbeit wegnehmen. Zu Beginn war uns nicht ganz klar, dass durch sie bereits ein recht großer Anteil an organischem Müll abtransportiert wird, und wir haben mit mehr Müll kalkuliert. Wir hoffen nun, in Zukunft noch mehr Müll etwa von anderen Märkten kompostieren zu können, um die Kapazitäten der Anlage voll auszuschöpfen, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die informellen Müllsammler*innen weiter ihrer Arbeit nachgehen können und sie durch uns nicht ihre Lebensgrundlage verlieren.

Was waren die wichtigsten Erkenntnisse und Lehren?

Klingebiel: Dass gute Vorbereitung und Zusammenarbeit sehr wichtig sind. Solche Projekte funktionieren nur, wenn sie wirklich gebraucht werden. Aus dem anfänglich angedachten Biogas-Projekt wurde nichts, weil die Partner in Moshi den Sinn darin eigentlich nicht wirklich sahen. Die meisten armen Gemeinden sagen natürlich nicht Nein, wenn reiche Städte mit Projektvorschlägen auf sie zukommen, aber wenn man

vor Ort ganz genau zuhört, findet man heraus, was wirklich benötigt wird.

Kombe: Wir haben gerade durch SKEW gelernt, selbstbewusst und unabhängig Projekte durch- und weiterzuführen, solange sie in die Organisationsstrukturen unserer Gemeinde passen.

Wie hat das Projekt zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz in Moshi beigetragen?

Kimaro: Wir haben bereits 250 Tonnen Kompost produziert. So verhindern wir, dass der organische Abfall im Boden oder Grundwasser Schäden anrichtet und Methan entsteht – das Gas ist sehr viel umweltschädlicher als CO₂. Und lokale Landwirte profitieren wiederum von dem Kompost.

Klingebiel: Müll wird in Moshi auf einer Müllhalde abgeladen, die nicht abgedämmt ist. Das heißt, der Müll gelangt in die nahen Flüsse. Diese Müllkippe ist sehr teuer – sie wird von der Weltbank finanziert, aber die Kosten müssen wieder zurückerstattet werden. Die Halde ist nach ungefähr fünf Jahren voll, das heißt, eigentlich müsste alle fünf Jahre eine neue teure Müllkippe gebaut werden. Die Alternative ist, den Müll in der Landschaft abzuladen. Durch unsere Kompostierungsanlage werden die Halden nun nicht mehr so schnell voll, da wir ja einen beträchtlichen Anteil an Müll herausnehmen und recyceln.

Was würden Sie anderen Städten und Kommunen empfehlen, die ähnliche Projekte umsetzen wollen?

Klingebiel: Für uns war wichtig, uns zunächst vor Ort ein Bild machen zu können, daher haben wir bei der SKEW zunächst ein Kleinprojekt von 10 000 Euro beantragt, um

die wechselseitigen Reisen für Expert*innen und Gemeindevertreter*innen finanzieren zu können. Diese Vorbereitungsphase ist sehr wichtig. Auch müssen alle Bereiche und Schritte genau angeschaut werden – so wurde zum Beispiel klar, dass wir auf den Märkten fortlaufend Workshops halten müssen, um auch neue Händler*innen mit einzubeziehen.

Kombe: Es ist wichtig, ein Bewusstsein für das Projekt in der Bevölkerung oder Zielgruppe zu schaffen. Außerdem ist gerade für das Herstellen von Kompost die Wahl des richtigen Ortes entscheidend, andernfalls hat man zum Beispiel in der Nebensaison keinen Ertrag, wenn auf einem bestimmten Markt hauptsächlich gewisse Früchte verkauft werden. Auch, dass die Anlage neben der Mülldeponie gebaut werden konnte, hat viele Vorteile, da wir so zum Beispiel die Waage und Frontlader der Deponie mitnutzen können.

Welche Pläne gibt es für die Zukunft?

Kombe: Was die Kompostierungsanlage angeht, würden wir gerne mehr Rohmaterial erschließen, um die Kapazität voll auszunutzen. Wir sind hier bereits im Gespräch mit einer Nachbargemeinde, um von dort mehr Material zu beziehen.

Klingebiel: Eine Delegation aus Moshi, unter anderem bestehend aus David Kimaro und dem Bürgermeister der Stadt, wird uns im Mai in Tübingen besuchen kommen. Dann werden wir existierende und neue Projekte besprechen – zum Beispiel haben wir vor, auch im Bereich Solar zusammenzuarbeiten.



VIANE KOMBE
ist die Leiterin des Referats für Abfallwirtschaft der Gemeinde Moshi.
vianejohn64@gmail.com



DAVID KIMARO
ist Mitarbeiter des Referats für Abfallwirtschaft der Gemeinde Moshi und für das Kompost-Projekt zuständig.
ckimaroki@gmail.com



STEPHAN KLINGEBIEL
ist Zuständiger der Stadt Tübingen für Städtepartnerschaften.
stephan.klingebiel@tuebingen.de



Lokale Landwirte profitieren vom Kompost der Anlage.



Für viele Menschen ist die Mülldeponie Agbogbloshie in Ghana Lebensgrundlage.

ABFALLEXPORTE

Müll-Kolonialismus

Industrialisierte Länder lagern nicht nur einen Großteil ihrer oft umweltschädlichen Produktionsprozesse in ärmere Länder aus, sie entsorgen dort auch erhebliche Mengen ihres Abfalls. Die Folgen sind verheerend für die betroffenen Regionen – und die ganze Welt.

Von Michael Jedelhauser

Auf der riesigen Elektromülldeponie Agbogbloshie in Ghana liegt ein Teil des europäischen Elektroschrotts. Überall brennt es, und so wabern giftige Dämpfe über Berge von alten Kühlschränken, Computern und Fernsehern. „Toxic city“ wird die Müllkippe genannt, die sich über 16 Quadratkilometer in der ghanaischen Hauptstadt Accra erstreckt. Schätzungsweise 40 000 Menschen leben hier.

Dass bekannt ist, dass Abfälle zum Großteil aus reichen Ländern exportiert werden, ist nicht zuletzt der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verdanken, die das Thema in den vergangenen Jahren verstärkt öffentlich machten. Neben Elektroschrott stehen insbesondere Plastikabfälle im Fokus.

Die Abfälle werden in den Zielländern keineswegs immer recycelt, sondern allzu oft verbrannt, deponiert oder wild entsorgt. Das führt zu Schadstoffemissionen, Verunreinigung von Wasser und Boden und Plastikspuren in der gesamten Umwelt. Verschiedene Proben in Boden oder Wasser, die Greenpeace in der Türkei durchgeführt hat, zeigen, wie die illegale Deponierung und Verbrennung von Kunststoffabfällen aus der EU dort zu überhöhten Konzentrationen stark gesundheitsschädigender Stoffe, etwa chlorierter Dioxine oder Schwermetalle, führen.

Der Export von Plastikabfällen ist nicht an sich verwerflich, sondern kann in Grenzregionen durchaus Teil einer regionalen Abfallverwertung sein. Auch verfügen kleinere Länder nicht immer über die gesamte Palette der benötigten Sortier- und Recyclinganlagen und sind auf Exporte angewiesen.

Haben die Zielländer jedoch niedrigere Entsorgungsstandards und eine weniger ausgebaute Infrastruktur, steigt das Risiko, dass es zu unsachgemäßer Abfallentsorgung kommt. Staatenverbände und multilaterale Institutionen müssen in diesen Fällen die

Abfallverbringung stärker regulieren und den Export in ärmere Länder unterbinden.

Unter anderem ist es die EU, die hier zu wenig unternimmt. Viele Jahre war China Hauptabnehmer ihres Plastikmülls. Seit das Land 2018 seine Grenzen für Kunststoffabfälle jedoch weitgehend schloss, verbleibt mehr Plastikmüll in Europa oder wird in Richtung Südostasien und Türkei exportiert.

Die EU exportierte 2022 1,1 Millionen Tonnen Plastikmüll in Nicht-EU-Länder. Jeden Tag verlassen über 3 Millionen Kilogramm Plastikabfall den EU-Raum – 31 Prozent davon in die Türkei, 16 Prozent nach Malaysia, 13 Prozent nach Indonesien und neun Prozent nach Vietnam. Auch Großbritannien, Australien, Japan und die USA verschifften Abfälle in ärmere Länder.

Neben diesen legalen Abfallexporten, die in statistischen Erhebungen hinterlegt sind, werden Abfälle auf illegalem Weg ins Ausland gebracht. Verlässliche Schätzungen zu den Größenordnungen illegaler Exporte sind kaum möglich und beschränken sich auf Stichprobenkontrollen an Häfen und Straßen. Laut Interpol hat die illegale Verbringung von Plastikabfällen infolge der chinesischen Importrestriktionen weltweit jedoch deutlich zugenommen.

PRAXIS ZULASTEN VON MENSCH UND NATUR

Nach vorliegenden Informationen sind es zum Großteil gewerbliche Plastikabfälle, die in Länder außerhalb der EU exportiert werden. Dieser Bereich ist jedoch wenig transparent. Es mangelt an Nachweispflichten der Abfallerzeuger und an Kontrollen. Auch werden für die Abfallverbringung häufig Zwischenhändler eingesetzt, was die Nachverfolgbarkeit zusätzlich erschwert. Die Identifizierung der für die unsachgemäße oder illegale Entsorgung verantwortlichen Personen ist kaum möglich.

Die Motive der exportierenden Unternehmen sind heterogen. Teilweise sind Exporte notwendig, wenn im Herkunftsland nicht ausreichend Recyclingkapazitäten zur Verfügung stehen. Abfälle werden jedoch auch exportiert, um Kosten zu sparen. Dies trifft insbesondere auf Kunststoffabfälle zu, die nicht gewinnbringend im Recycling vermarktet werden können, sondern kostenpflichtig entsorgt werden müssen.

Doch selbst wenn Abfälle vollumfänglich in eine Recyclinganlage kommen,

kann dort niemals der gesamte Input verwertet werden. Es bleibt Ausschussmaterial zurück, das wiederum mit Zusatzkosten entsorgt werden muss. Befindet sich die Recyclinganlage in einem Land mit gering ausgebauter Entsorgungsinfrastruktur, ist die Gefahr groß, dass diese Reste dann in der Natur landen oder wild verbrannt werden.

Bei der illegalen Abfallverbringung geht es in erster Linie darum, Entsorgungskosten, etwa für die Verbrennung, zu umgehen. Hierfür werden die Abfälle beispielsweise bewusst falsch deklariert oder im hinteren Teil von Schiffscontainern versteckt.

Die europäische Abfallbranche behauptet häufig, für die unsachgemäße Entsorgung von Abfällen im Ausland seien ausschließlich diese illegalen Exporte verantwortlich, und es bedürfe lediglich einer Ausweitung der Kontrollen, um das zu unterbinden. Diese Einschätzung greift jedoch zu kurz, denn es sind auch die legalen Ausfuhr, die am Ende durch mangelhafte Zertifizierungssysteme der ausländischen Recyclinganlagen sowie aufgrund fehlender Zuständigkeiten und Nachverfolgung in den Zielländern oftmals nicht oder nur teilweise recycelt werden. Diese systemischen Mängel sind allein durch die Ausweitung von Kontrollen nicht zu beheben, sondern verdeutlichen die Notwendigkeit schärferer Regeln für den Abfallexport.

Das „Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“ regelt als internationales

Umweltabkommen den Export von Abfällen. Es wurde bislang von über 180 Staaten unterzeichnet und enthält seit 2019 auch strengere Vorgaben zur Verbringung von Plastikabfällen. Die EU hat einen Teil dieser Regelungen übernommen. Sie sind seit dem 1. Januar 2021 im Rahmen der EU-Abfallverbringungsverordnung in Kraft. Demnach ist der Export von unsortierten Plastikabfällen aus der EU in Länder, die weder Mitglied der EU noch der OECD sind, verboten. Die Ausfuhr von Gemischen aus verschiedenen Kunststoffen in Länder wie Malaysia oder Indonesien ist somit eingeschränkt.

REGELN GREIFEN ZU KURZ

Gleichzeitig bleiben aber beispielsweise Exporte in die Türkei als OECD-Land erlaubt. Außerdem dürfen sortierte Kunststoffabfälle weiterhin in jedes Land der Welt exportiert werden – unter der Voraussetzung, dass Export- und Importland zustimmen und die Abfälle nicht als gefährlich klassifiziert sind. Es ist offenkundig, dass diese bisherigen Regeln nicht ausreichen, um zu verhindern, dass die EU weiterhin einen Teil ihrer Plastikmüllproblematik auslagert.

Vor diesem Hintergrund wird derzeit eine Verschärfung der EU-Abfallverbringungsverordnung diskutiert. Im Dezember 2022 sprach sich das EU-Parlament für ein generelles Verbot von Plastikmüllexporten in Nicht-EU-Länder aus. Dieser Beschluss ist begrüßenswert. Noch ist jedoch unklar, wie sich die EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat hierzu positionieren. Es steht zu befürch-

ten, dass sich manche Länder eher dem Vorschlag der EU-Kommission anschließen, die lediglich den Export in Nicht-OECD-Länder verbieten möchte. Die Ausfuhr in die Türkei wäre damit weiterhin möglich.

Offen ist außerdem, inwieweit die Abfallverbringung innerhalb der EU strikter reguliert wird. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht für Intra-EU-Exporte Erleichterungen für spezielle Kunststoffe wie PVC oder PTFE („Teflon“) vor, die im Widerspruch zu den Vereinbarungen der Basler Konvention stehen. Weicht die EU an dieser Stelle vom globalen Übereinkommen ab, würde dies einen ungewünschten Präzedenzfall schaffen, dem andere Regionen folgen könnten. Um die Wirkmächtigkeit des Basler Übereinkommens nicht zu beschneiden, muss die EU an den im Rahmen des Global-Governance-Regimes vereinbarten Regeln festhalten.

Es bedarf darüber hinaus transparenter Systeme mit öffentlich zugänglichen Informationen über alle Exporte und deren Verwertung im Zielland. Digitale Systeme können hier zu einer besseren Überwachung beitragen. Auch müssen die Recyclinganlagen regelmäßig von unabhängiger Seite geprüft werden. Um illegale Exporte zu verhindern, sind mehr Kontrollen, unter anderem an Häfen und Autobahnen, notwendig.

Strengere Regeln hätten positive Effekte sowohl in den Import- als auch Exportländern. In den Importländern verringern sich die katastrophalen ökologischen und sozialen Folgen, die mit der Einfuhr von Plastikabfällen einhergehen. Auch werden die dortigen Recyclingkapazitäten nicht weiter mit Abfällen aus dem Ausland belegt. In den Exportländern wiederum wird der Handlungsdruck erhöht, Abfälle zu vermeiden und die Recyclingstrukturen auszubauen – eine Chance für eine globale Kreislaufwirtschaft, in der die externen Kosten nicht weiter in wirtschaftlich benachteiligte Länder ausgelagert werden. Die Weltgemeinschaft muss diese Chance ergreifen, wenn sie die Klima- und Biodiversitätskrise durch ihren Müll nicht noch weiter vorantreiben will.



Plastikmüll an einem Fluss in Kuala Lumpur, Malaysia.



MICHAEL JEDELHAUSER
ist Referent für Kreislaufwirtschaft beim Naturschutzbund (NABU).
michael.jedelhauser@nabu.de

HARMLOSER ABFALL

Biologisch abbaubares Geschirr

Plastikgegenstände für den einmaligen Gebrauch schaffen ernsthafte Umweltprobleme, deshalb sind biologisch abbaubare Alternativen nötig. Die Blätter des Salbaums kommen dafür infrage. Geschirr aus diesem Material hat in Südasien Tradition. Die Nutzungsmöglichkeiten sind längst noch nicht erschöpft.

Von Suparna Banerjee

Plastikwaren, die nach einmaliger oder kurzer Verwendung weggeworfen werden, sind nicht biologisch abbaubar. Sie belasten die Umwelt langfristig. Oft werden sie einfach in die Natur geworfen. Aber auch wenn sie auf Halden oder in Verbrennungsanlagen landen, gibt es Probleme, weil Mikroplastik Wasser, Luft und Böden belastet. Recycling ist kaum möglich, weil es sehr viele verschiedene Kunststoffarten gibt und die Qualität sinkt, wenn diese vermisch werden.

Plastikmüll verschärft zudem die globale Ungerechtigkeit. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen in Entwicklungsländern leiden laut UN-Umweltprogramm (UNEP – UN Environment Programme) besonders unter den Folgen.

Weltweit wächst das Bewusstsein für das Thema. Tatsächlich sind Plastiktüten

heute vielerorts verboten. Dennoch schätzt die gemeinnützige australische Minderoo Foundation, 139 Millionen Tonnen an Wegwerfplastikprodukten seien 2021 weltweit angefallen – 6 Millionen mehr als 2019.

Manche Plastikutensilien wie medizinische Handschuhe sind schwer ersetzbar. Sie machen aber nur einen winzigen Bruchteil des Plastikmülls aus. Es ist dringend nötig, andere Plastikwaren schnell mit kompostierbaren Alternativen zu ersetzen. Optionen sind weltweit zu finden.

Infrage kommen beispielsweise die Blätter des Salbaums (*shorea robusta*), der in Indien, Bangladesch, Nepal, Bhutan und Tibet beheimatet ist. Seine Blätter spielen in südasiatischen Kulturen und religiösen Traditionen eine Rolle. Bevor der schwedische Erfinder Ster Gustaf Thulin die Plastiktüte entwickelte, dienten sie beispielsweise dazu, Lebensmittel wie rohes Fleisch oder Fisch einzupacken. Im ländlichen Raum ist das immer noch üblich.

Auch die traditionelle Medizin verwendet die Pflanze. Borke und Blätter dienen zur Behandlung von Magengeschwüren, Lepra, Husten und Durchfall.

Die Blätter können aber auch zu Tellern oder Schüsseln vernäht werden. Solches Geschirr ist in Südasien weit verbreitet

und hat geholfen, das Anwachsen des Plastikmülls zu bremsen. Imbisse, Kioske und Restaurants verkaufen Mahlzeiten auf solchen Tellern. Indien exportiert biologisch abbaubares Einmalgeschirr aus Salblättern. Es wird in manchen Ländern sogar von Amazon vertrieben.

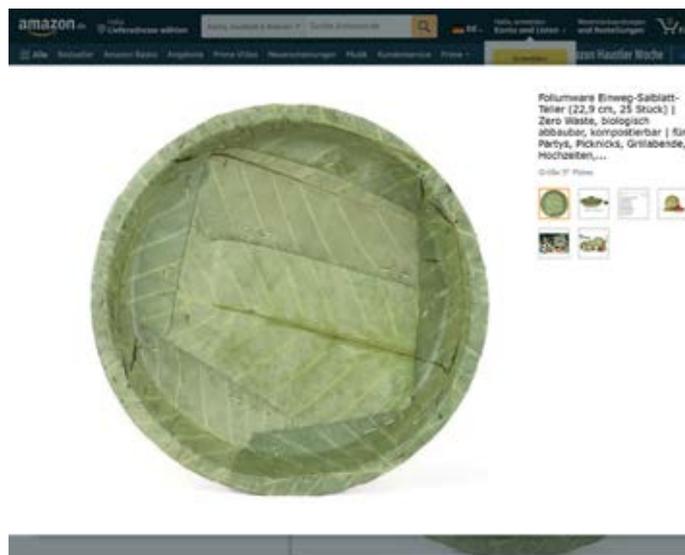
Andere Gegenstände können ebenfalls aus Salblättern gemacht werden und sind bedenkenlos wegwerfbar. Dieser Müll ist harmlos. Geschirr kann sogar an Ziegen oder Kühe verfüttert werden.

Einschlägige Erwerbstätigkeit spielt im Leben armer Menschen eine wichtige Rolle. In den indischen Bundesstaaten Westbengalen, Jharkhand und Chhattisgarh verdienen marginalisierte Adivasi-Gemeinschaften Geld mit dem Sammeln der Blätter, mit ihrer Verarbeitung und mit der Vermarktung der Produkte. Manchen dieser indigenen Gruppen gilt die Pflanze sogar als heilig.

Früher wurde das Geschirr von Hand genäht, heute werden Maschinen eingesetzt. Die Produktion findet auch nicht mehr nur in informellen Kleinstbetrieben statt, denn mittlerweile entstehen richtige Fabriken, und staatliche Institutionen setzen sich in Indien für die Verwendung der ökologisch sinnvollen Alternativgüter ein.

Es gibt noch ungenutzte Wachstumschancen. Forschung und Entwicklung könnten zu höherwertigen Produkten führen, wie etwa mikrowellenfähigem Geschirr. Andererseits wäre es auch sinnvoll, solches Geschirr in Krankenhäusern oder Hotels einzusetzen, weil das Spülen von herkömmlichen Tellern und Gläsern viel Wasser und Energie erfordert. Hygienisch wäre das kein Problem. Allerdings ist dafür weiterer Bewusstseinswandel nötig. Schicke Restaurants nutzen Salprodukte praktisch nicht, weil sie der Kundschaft spartanisch und unkultiviert erscheinen.

Modernisierung muss Traditionen nicht ersetzen. Es ist ebenso wichtig, das volle Potenzial von Traditionen zu nutzen. Die Praktiken indigener Gemeinschaften sind bekanntlich umweltfreundlich – und verdienen daher besondere Aufmerksamkeit.



Bei Amazon bestellbar – Geschirr aus Salblättern.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin und lebt in Frankfurt.
mail.suparnabanerjee@gmail.com



Urlaub am Plastikstrand: angeschwemmter Müll auf Bali.

REFORMPROGRAMM

Plastiktüten im Magen des Wals

Nachhaltige Abfallentsorgung hatte in Indonesien bisher kaum Stellenwert, obwohl das Land mit dem Müll von 280 Millionen Menschen zu kämpfen hat. Der landet in dem Inselstaat nur allzu häufig im Meer. Neue ambitionierte Pläne sollen nun in Richtung Kreislaufwirtschaft führen.

Von Burkhard Hinz

Indonesien, das größte Archipel der Welt, hat eine faszinierende Unterwasserwelt. Aber selbst in maritimen Nationalparks ist das im Wasser treibende Plastik mittlerweile unübersehbar. In Anbetracht der Herausforderungen, vor denen die indonesische Abfallwirtschaft steht, ist das zunächst wenig verwunderlich: Die Weltbank geht davon aus, dass sich das Abfallvolumen des Landes mit seinen knapp 280 Millionen Einwohner*innen 2022 in einer Größenordnung von 70 Millionen Tonnen bewegte. Die Städte haben täglich geschätzte 150 000 Tonnen Abfall ihrer 142 Millionen Einwohner*innen zu entsorgen. Allein in Jakarta fallen etwa 7500 Tonnen Hausmüll an.

Eine regelmäßige Müllsammlung haben der Weltbank zufolge jedoch nur

etwa sechzig Prozent der städtischen Haushalte, auf dem Land tendiert dieser Wert gegen null. In der Konsequenz wird laut dem indonesischen Gesundheitsministerium etwa die Hälfte des Abfalls verbrannt und circa 14 Prozent in Gewässern und auf frei zugänglichen Müllkippen entsorgt. Der geringe Stellenwert der Abfallentsorgung wird auch durch das hierfür von den Kommunen reservierte Budget von durchschnittlich nur 0,7 Prozent der Gesamtausgaben reflektiert.

Plastikmüll macht gemäß des World Economic Forum im Jahr bis zu 6,8 Millionen Tonnen des indonesischen Abfalls aus, von denen etwa 620 000 Tonnen im Ozean landen. Der Großteil davon mündet als Schmutzfracht der größeren Flüsse im Meer. Über Fische und Wale gelangt das Plastik dann auch in die Nahrungskette. So wurden im Magen eines Pottwals, der 2018 nordöstlich von Bali verendet war, 115 Plastikbecher, 25 Plastiktüten, vier Plastikflaschen und zwei Kunststoffsandalen gefunden. Zweifellos schaden die zunehmend sichtbaren Folgen der Vermüllung inzwischen auch dem ausgeprägten Tourismussektor des Landes.

Die Regierung unter Präsident Joko Widodo hat nun Schritte ergriffen, um

Entsorgungsinfrastruktur und -dienstleistungen zu verbessern und einen Paradigmenwechsel von der Abfallproduktion mit weitgehend ungeordneter Entsorgung zur Kreislaufwirtschaft einzuleiten. 80 Prozent der indonesischen Haushalte sollen Ende 2024 von regelmäßiger Müllsammlung profitieren. Das versprechen die Planvorgaben. Bis 2025 will Indonesien den Müll aller Haushalte sammeln. Zugleich soll das Abfallvolumen bis 2025 um 30 Prozent und der Eintrag von Meeresmüll um 70 Prozent reduziert werden.

Handlungsleitend ist hier der bewährte Dreiklang von Müllvermeidung (reduce), Wiederverwendung (reuse) und Verwertung (recycling) („3R“). Diese ambitionierten Pläne sollen maßgeblich durch eine Trägerförderung auf kommunaler und regionaler Ebene erreicht werden.

Gleichzeitig sollen Maßnahmen eine langfristig kostendeckende Finanzierung durch verursachergerechte, aber auch sozialverträgliche Abfalltarife, Subventionen und die Einbindung des Privatsektors gewährleisten. Ferner werden mittelfristig Verhaltens- und Bewusstseinsänderungen in der Bevölkerung angestrebt.

Auch wenn die skizzierten Zielvorgaben in vielen Teilen unrealistisch sein dürften, gibt es erste Erfolge zu verzeichnen. So haben inzwischen 72 der insgesamt 514 Städte und Landkreise Verordnungen erlassen, die die Einmalverwendung von Plastikerzeugnissen limitieren. Für größere Kommunen ist der Bau von Müllverbren-

nungsanlagen geplant. Die ersten beiden Anlagen zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen aus Abfall (refuse-derived fuel), die täglich bis zu 2150 Tonnen Abfall verbrennen können, wurden bereits in Betrieb genommen. Und es stand im Hinblick auf die Meeresverschmutzung auch schon schlimmer: Plastikmüll im Ozean konnte, so die Regierung, bis 2020 um etwa 15 Prozent reduziert werden.

Präsident Widodo hat den Handlungsbedarf in Bezug auf eine Kreislaufwirtschaft wiederholt herausgestellt. In einer Grundsatzzrede, die er 2023 bei der Eröffnung einer Anlage zur mechanisch-biologischen Behandlung von Abfällen hielt, äußerte er seine Erwartung, dass dieser arbeitsintensive Ansatz in allen Städten und Landkreisen des Landes Anwendung finden sollte.

Als Vorbild dienen hier die von der KfW im Auftrag der Bundesregierung finanzierten ersten vier geordneten Abfalldeponien. Die Pilotanlagen haben mit Bestandteilen wie abgedichteten Deponiekörpern,

Drainagesystemen, Sickerwasserreinigungsanlagen, Kompostierung, Sortierung sowie Gasfassung und -verwertung Standards gesetzt und vermittelt, die mit denen in der EU vergleichbar sind. Durch diese Anlagen können – in Verbindung mit der Abdeckung bzw. Gasverwertung der zuvor genutzten Müllkippen – jährlich etwa 450 000 Tonnen Treibhausgase eingespart werden.

RELIGIÖSE UNTERSTÜTZUNG

Eine über Jahrzehnte hinweg unzureichend adressierte Entsorgung der Abfälle von rund 280 Millionen Menschen erfordert einen ganzheitlichen Politikansatz und gesellschaftliches Umdenken. Deshalb soll durch multisektorale Arbeitsgruppen zusätzlicher Antrieb entstehen, um den Themenkomplex Abfallentsorgung sowohl politisch als auch gesellschaftlich stärker zu verankern und Lösungsansätze zu entwickeln. In einem ersten Schritt konnten die religiösen Führer des Landes dafür gewonnen werden,

in ihren Predigten Umweltbewusstsein, Eigeninitiative sowie Abfall- und Hygieneaspekte zu vermitteln.

Zugleich strukturiert die KfW im Auftrag der Bundesregierung – zusammen mit anderen Banken – derzeit ein politikbasiertes Großdarlehen, das auf eine konkrete Reduzierung des Meeressmülls abzielt. Das Darlehen wird erst dann ausgezahlt, wenn die indonesische Regierung nachweislich die gemeinsam definierten Reformschritte umgesetzt hat. Handlungsfelder konzentrieren sich beispielsweise auf Abfallmanagement, kleinere Inseln und küstennahe Gebiete. Hinzu kommen Maßnahmen, die zur Reduzierung von Plastikverpackungen führen und eine verbesserte Datenerfassung ermöglichen.



BURKHARD HINZ
ist der Büroleiter für die KfW
Entwicklungsbank in Jakarta.

burkhard.hinz@kfw.de

WERTSTOFFE

Chance für eine nachhaltige Gesellschaft

Kreislaufwirtschaft ist eine Schlüsselstrategie, um globale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und Lebensbedingungen von Menschen weltweit zu verbessern. Die damit verbundenen Potenziale werden jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Von Sabine Schwab und Ellen Gunsilius

Eine erfolgreiche Wende hin zu einer Kreislaufwirtschaft erfordert verstärktes Engagement und Investitionen von Wirtschaft, Politik, Forschung und Zivilgesellschaft. Politik und Wirtschaft erkennen zwar zunehmend die ökonomischen Risiken der aktuellen linearen Wirtschaftsweise und arbeiten daran, Lieferketten und Geschäftsmodelle in Sektoren wie Industrie, Landwirtschaft,

Bau und Energie auf eine Kreislaufwirtschaft auszurichten. Dennoch nehmen Abfallmengen und der Bedarf an natürlichen Ressourcen weltweit zu.

Laut der Weltbank fallen jährlich weltweit 2 Milliarden Tonnen sogenannter Siedlungsabfälle an, und diese Menge könnte bis 2050 um 70 Prozent auf 3,4 Milliarden Tonnen steigen. Müll großer Unternehmen wird bei Siedlungsabfällen nicht mitgerechnet. Das Welternährungsprogramm der UN schätzt, dass zusätzlich etwa 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel im Jahr verschwendet werden. Weniger als zehn Prozent der verbrauchten Rohstoffe werden dabei wiederverwertet, und so gehen enorme Mengen wertvoller Materialien verloren.

Die Verschmutzung durch diese Abfälle bedroht die Biodiversität, die menschliche Gesundheit und wichtige Wirtschaftssektoren. Unsachgemäße Abfallentsorgung verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Kommunen, die meistens für die Abfallentsorgung und -verwertung verantwortlich sind, sind mit dieser Aufgabe oft überfordert.

Das ist einer der Gründe, warum laut verschiedener Schätzungen weltweit mindestens 15 Millionen Menschen informell Wertstoffe sammeln. Diese Sammler*innen sind zu wenig in die formelle Abfallwirtschaft eingebunden. Sie haben kein sicheres Einkommen, keinen Arbeitsschutz und keine Krankenversicherung und werden häufig diskriminiert.

Wachsende Müllberge sind eines der vier Hauptprobleme, die laut den UN dem Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) im Weg stehen. Abfallwirtschaft verursacht derzeit mit etwa 1,6 Milliarden Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase circa fünf Prozent der globalen Treibhausgasemissionen, so eine Weltbank-Studie. Ohne Verbesserungsmaßnahmen könnten die damit verbundenen Emissionen bis 2050 auf 2,6 Gigatonnen anwachsen.

Als Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit engagiert sich die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH gemeinsam mit ihren Partnern in Ländern mit niedrigeren Einkommen für die Ausweitung von kreislaufwirtschaftlichen Ansätzen und fördert die Zusammenarbeit von Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Verbraucher*innen. Wichtiges Ziel ist, die Transformation des Abfallsektors von einer Entsorgungsdienstleistung hin zu einer nachhaltigen Ressourcenwirtschaft voranzutreiben.

Allerdings umfasst Kreislaufwirtschaft für die GIZ nicht nur Abfallmanagement, sondern auch die umweltschonende (Rück-)Gewinnung von Ressourcen, Produktdesign mit Fokus auf effizientem Einsatz von nichtfossilen oder recycelten Materialien, Reparaturfähigkeit, ressourceneffiziente Produktion, neue Geschäftsmodelle wie Leasing statt Produktkauf oder Sharing-Modelle sowie Mehrweg- und Nachfüllsysteme.

EINBINDUNG DES INFORMELLEN SEKTORS

Die GIZ berät bei der Entwicklung von Vermeidungs- und Verwertungskonzepten sowie Abfallwirtschaftsstrategien. Sie organisiert Schulungen zu Logistik, Behandlung und Ablagerung und setzt sich für die Beteiligung des privaten und die Integration des informellen Sektors in der Abfallsammlung und -verwertung ein.

Ein weiteres Ziel besteht nämlich darin, durch eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft sowohl die Umwelt zu schützen als auch Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. So werden etwa Organisations- und Vertragsmodelle zur Einbindung informeller Arbeiter*innen gemeinsam mit Partnern entwickelt.

Daneben fördert die GIZ Bürgerbeteiligung und sensibilisiert für Konsumoptionen, die Abfall vermeiden. Beispiele sind die Verwendung von Mehrweg- statt Einwegprodukten oder Alternativen zu Plastiktüten. In Ost- und Südostasien entwickelte und implementierte die GIZ von 2019 bis 2022 Modelle für ressourceneffiziente Produktion und nachhaltigen Konsum von Plastik im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der EU. Um hier die Verschmutzung der Meere zu reduzieren,



Eine informelle Müllsammlerin in Puerto Carreño, Kolumbien. Nicht nur in Lateinamerika sind es oft marginalisierte Gruppen wie Indigene, die sich so ihren Lebensunterhalt verdienen.

organisierte die GIZ unter anderem Politikdialoge, finanzierte Pilotprojekte und betrieb Bewusstseinsbildung.

Außerdem ist Erfahrungsaustausch wichtig. Die GIZ vermittelt Kontakte zu deutschen und internationalen Unternehmen der Kreislaufwirtschaft und forciert so die Technologiekooperation. Sie berät auch zu Initiativen und Förderinstrumenten für neue Technologien und nachhaltige Geschäftsmodelle.

Maßnahmen im Abfallsektor werden verstärkt mit Veränderungsprozessen im produzierenden Gewerbe kombiniert. In Kolumbien hat die GIZ zum Beispiel im Auftrag des BMZ in Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen Maßnahmen für ein verstärktes Recycling erarbeitet und mit Unternehmen neue Geschäftsmodelle in der Abfallsammlung und im Plastikrecycling identifiziert, während informelle Wertstoffsammler*innen Schulungen erhalten und bei der Formalisierung unterstützt werden. Parallel werden innovative Kreislaufwirtschaftsansätze in Unternehmen der Sektoren Textil, Verpackungen und Haushaltsgeräte unterstützt.

Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Nutzung von Recycling-Materialien und Energiegewinnung aus Abfällen redu-

zieren Treibhausgasemissionen. Aus diesem Grund engagiert sich die GIZ auch für eine stärkere Berücksichtigung von Kreislaufwirtschaftsmaßnahmen in nationalen Klimaplänen und in internationalen Klimadiskussionen.

Die Umsetzung von Kreislaufwirtschaftsprinzipien bietet ein enormes Potenzial für nachhaltige Entwicklung. Arbeiten Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft hier eng zusammen, ist es möglich, die Klimakrise zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft zu stärken.



SABINE SCHWAB
ist Fachplanerin des
Kompetenzcenters „Wasser,
Abwasser und Abfall“,
Abteilung „Klima, Ländliche

Entwicklung, Infrastruktur“ im Fach- und
Methodenbereich der GIZ.

sabine.schwab@giz.de



ELLEN GUNSILIUS
ist Fachplanerin des
Kompetenzcenters „Umwelt“
in derselben GIZ-Abteilung.
Dieser Beitrag gibt die

persönliche Meinung der Autorinnen wieder.
ellen.gunsilius@giz.de

In Afrikas Gesundheitssektor sind Fachkräfte frustriert über schlechte Arbeitsbedingungen. Viele ziehen weg.

Seite 4



Foto: picture-alliance/AA/Itisaan Hafteje